

KAPITELVERZEICHNIS

17. Verteilung der sozialen Krisenfolgen: Verschiebungen seit 2008	346
17.1 Rahmenbedingungen und Krisenabfolgen	346
17.1.1 Wirtschaftseinbruch, kurze Erholung und Flaute	346
17.1.2 Angespannte Arbeitsmarktlage neben Beschäftigungszuwächsen	348
17.1.3 Stabile Konsumquote und rückläufige Sparquote	349
17.1.4 Krisenabfolgen und politische Gegenstrategien	351
17.1.5 Aktuelle Herausforderungen und Ausblick	354
17.2 Arbeitsmarkt und Beschäftigung	355
17.2.1 Merkmale des Anstiegs der Arbeitslosigkeit 2008 bis 2015	355
17.2.2 Steigende Beschäftigungszahlen durch Frauen und Teilzeit	359
17.3 Einkommensentwicklungen seit Krisenbeginn	363
17.3.1 Reallohnverluste bei den unteren Personeneinkommen	363
17.3.2 Entwicklung der Haushaltseinkommen weitgehend stabil	365
17.3.3 Kein genereller Anstieg der Einkommensungleichheit seit 2008	367
17.3.4 Krisenbedingter Bruch bei der funktionalen Einkommensverteilung	368
17.4 Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung: Rückgang trotz Krise	370
17.4.1 Rückläufige Einkommensarmut seit 2008	370
17.4.2 „Working Poor“ nach Altersgruppen im EU-Vergleich	371
17.4.3 Kein krisenbedingter Anstieg extremer Armutslagen	373
17.4.4 Zahlungsstörungen bei Privatkrediten	373
17.5 Subjektives Wohlbefinden und Einstellungen	374
17.6 Fazit	376

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

17.1 Rahmenbedingungen und Krisenabfolgen

Eine schwerwiegende Auswirkung der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise zeigte sich bereits während des drohenden Zusammenbruchs der internationalen Finanzmärkte 2008: Die Komplexität der Ereignisse führte zu einer breiten gesellschaftlichen Verunsicherung, nicht zuletzt auch in Bezug auf den Lebensstandard und die soziale Sicherheit. Die konkreten Auswirkungen dieser Entwicklungen auf die Gesellschaft waren zunächst kaum abschätzbar und viele Veränderungen zeigten bzw. zeigen ihre tatsächliche Dimension erst nach Jahren.

Der vorliegende Beitrag soll krisenbedingte Verschiebungen im Bereich des sozialen Zusammenhalts in Österreich beleuchten und darstellen, wo sich Chancen und Risiken in den letzten acht Jahren neu verteilt haben – sowie auch auf sozialstaatliche Abfederungen und Kontinuitäten hinweisen. Ein zeitlicher Vergleich zum Vorkrisenjahr 2008 in ausgewählten Bereichen soll einen Überblick bieten und insbesondere jene Bevölkerungsgruppen hervorheben, welche die Verlierer/innen dieser Entwicklungen waren bzw. sind. Da in den letzten acht Jahren verschiedene krisenbedingte Wirkungszusammenhänge aufgetreten sind, soll am Beginn ein kurzer Abriss der (europäischen) Krisen stehen, welchen in der Folge auch entsprechende politische Maßnahmen in Österreich zugeordnet werden.

Diese Vorgangsweise soll einen Beitrag dazu leisten, die Beschreibung sozialer Entwicklungen nicht auf die geläufigen wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischen Kennzahlen zu beschränken.²²⁸ Darüber hinaus kann diese Perspektive eine übersichtliche Darstellung der sozialen Brennpunkte ermöglichen und Hinweise geben, welche Teile der österreichischen Bevölkerung die höchsten gesellschaftlichen Kosten der Finanzkrise tragen – und wo sich die akuten und zukünftigen sozialpolitischen Herausforderungen zeigen (werden).

17.1.1 Wirtschaftseinbruch, kurze Erholung und Flaute

Ende 2008 konnte die bevorstehende „Wucht des Aufpralls“ der internationalen finanzökonomischen Verwerfungen in Österreich noch kaum eingeschätzt werden: Die etablierten österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitute IHS und WIFO rechneten zu diesem Zeitpunkt für 2009 zwar mit einer Rezession oder Stagnation²²⁹, der zu erwartende reale BIP-Rückgang wurde damals mit höchstens 0,1% bis 0,5% geradezu optimistisch beziffert.²³⁰ Der reale Wirtschaftseinbruch 2009 lag letztendlich bei 3,8%, wobei dieser ohne die umfassenden nationalen und internationalen konjunkturstützenden Maßnahmen weitaus drastischer ausgefallen wäre. Die internationale Verflechtung der Wirtschaftskrise zeigte sich nicht zuletzt im erheblichen Rückgang bei den Exporten: 2009 kam es bei den gesamten Wareneinfuhren im Vergleich zum Vorjahr zu Einbußen von rd. 20% (im Wert von insgesamt deutlich über 23 Mrd. EUR); aber auch die Einfuhren verringerten sich schlagartig um ca. 18%.²³¹

²²⁸ siehe auch Initiative „Beyond GDP“: http://ec.europa.eu/environment/beyond_gdp

²²⁹ vgl. Wifo/IHS: 2009 erreicht Rezession Österreich; in: Die Presse vom 19.12.2008:

http://diepresse.com/home/wirtschaft/finanzkrise/439034/WifoIHS_2009-erreicht-Rezession-Osterreich

²³⁰ vgl. Scheiblecker, Marcus (WIFO): Prognose für 2009 und 2010: Europas Wirtschaft in der Rezession – heimische Wirtschaftspolitik dämpft den Abschwung; Wien, Dezember 2008, S.1.

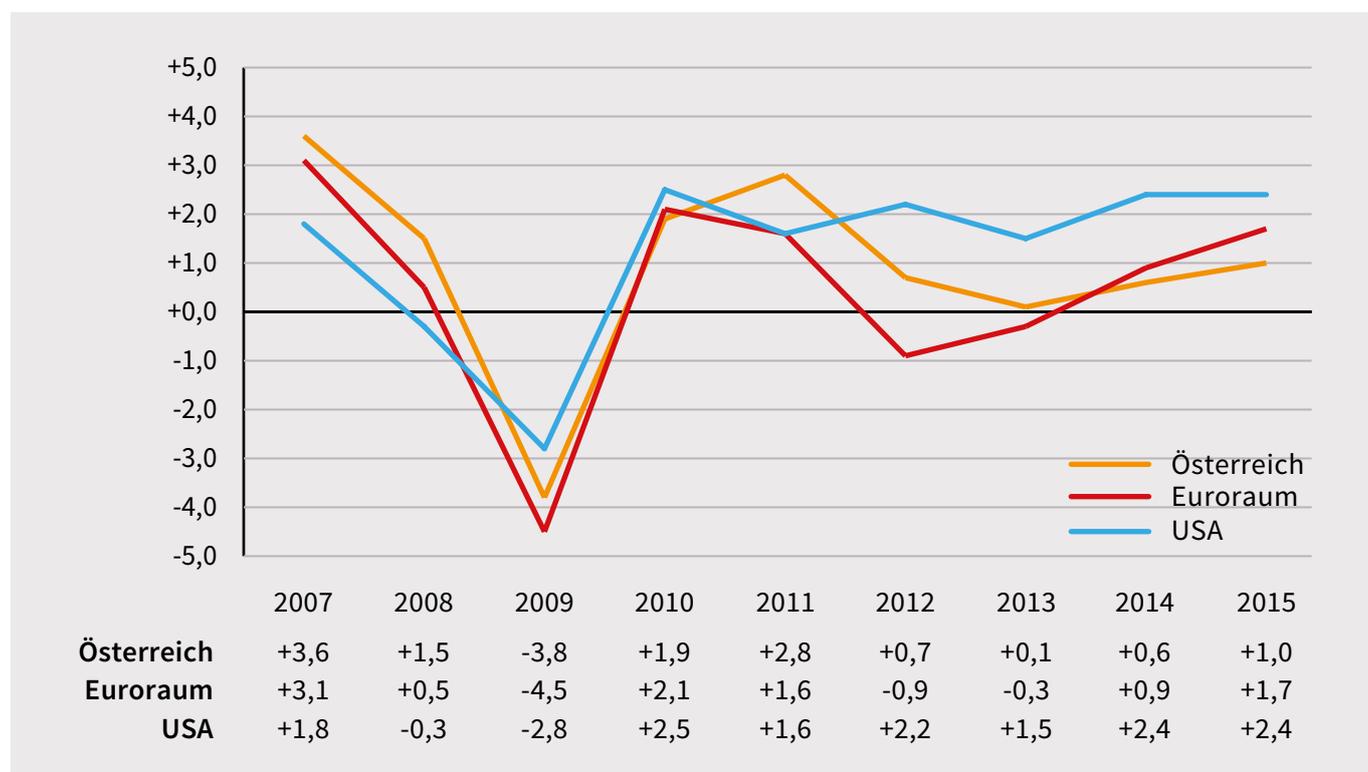
²³¹ vgl. Wohlmuth, Stefan: Außenhandel im Jahr 2009; in: Statistik Austria (Hrsg.): Statistische Nachrichten 8/2010, S. 708-710

Zwei Konjunkturpakete sowie eine auf das Jahr 2009 vorgezogene Steuerreform umfassten insgesamt ein Wirkungsvolumen von rd. 12 Mrd. EUR; gemessen am Bruttoinlandsprodukt zeigte sich, dass diese stabilisierenden Krisenmaßnahmen in Österreich (mit ca. 4% des BIP) zu den größten im OECD-Vergleich gehörten. Ohne diese Maßnahmen – und jener wichtiger Export-

länder – wäre für 2010 ein um etwa 2% geringeres Wirtschaftswachstum zu erwarten gewesen.²³²

Tatsächlich bewirkten die antyzyklischen Maßnahmen, dass sich die Wirtschaftslage von 2010 bis 2012 deutlich verbesserte.

Grafik 1: BIP-Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %, real



Quelle: Eurostat, World Bank

Die letzten Jahre waren in Österreich hingegen wieder von bescheidenem Wirtschaftswachstum geprägt. Nachdem die expansive Konjunkturpolitik vor allem im Euroraum auch mit teils massiven Anstiegen der Staatsschulden einherging (v.a. in Irland, Griechenland und Portugal), verloren in der Folge die am stärksten betroffenen EU-Mitgliedstaaten das Vertrauen der in-

ternationalen Finanzmärkte und Rating-Agenturen; entschlossene gemeinsame Euro-Rettungsmaßnahmen wurden notwendig. In diesem Zusammenhang wird die multiple Krisenbelastung in Europa deutlich: Bereits ab dem Jahr 2010 setzte diese als „Eurokrise“ bezeichnete Staatsschuldenkrise ein und wirkte sich in der Folge wiederum deutlich negativ auf das

²³² vgl. Breuss, Fritz/Kaniovski, Serguei/Schratzenstaller, Margit: Gesamtwirtschaftliche Effekte der Konjunkturbelebungsmaßnahmen; in: WIFO Monatsberichte 9/2009, S. 675

Wirtschaftswachstum (v.a. im Euroraum) aus – nicht zuletzt aufgrund der EU-weit forcierten nationalen Austeritätsprogramme („EU-Sparpolitik“).

Österreich musste zwischen 2012 und 2014 mit einem realen BIP-Wachstum von unter einem Prozent kämpfen, im Euroraum insgesamt kam es sogar zu einem BIP-Rückgang. Im Vergleich dazu konnte sich beispielsweise die US-Wirtschaft relativ konstant erholen und erreichte ab 2014 wieder Wachstumsraten von deutlich über 2 Prozentpunkte (siehe Grafik 1).

17.1.2 Angespannte Arbeitsmarktlage neben Beschäftigungszuwächsen

Die Einflussfaktoren auf die sozialen Entwicklungen in Österreich gestalteten sich daher bereits seit 2008 sehr ungünstig und die wirtschaftlichen Verwerfungen machten sich unmittelbar am Arbeitsmarkt bemerkbar: Bereits im März 2009 hat sich die Zahl der beim AMS²³³ registrierten Arbeitslosen gegenüber März 2008 von 210.000 auf 271.000 (d.h. um +29%)²³⁴ erhöht. Während es in den folgenden zwei Jahren v.a. aufgrund der verstärkten aktiven Arbeitsmarktpolitik und der einsetzenden Wirkung der Konjunkturpakete zu einem leichten Rückgang der Arbeitslosigkeit gekommen ist, zeigte sich in den Folgejahren bis zuletzt eine fortgesetzte Verschärfung der Arbeitsmarktprobleme in Österreich: Zwischen 2011 und 2015 kam es insgesamt zu einer Zunahme um rd. 107.600 auf 354.300 Arbeitslose.

Auch im europäischen Vergleich hat sich die weithin günstigere Arbeitsmarktlage in Österreich etwas relati-

viert: Nahm die österreichische Arbeitslosenquote von Juni 2011 bis zum selben Monat im Jahr 2013 EU-weit den niedrigsten Platz ein, liegt diese derzeit im guten Mittelfeld mit 5,9% an 8. Stelle.²³⁵ Ein EU-Vergleich der Arbeitslosenquoten bzw. deren Entwicklung seit 2008 zeichnet ein vielschichtiges Bild der Problemlagen – trotz krisenbedingtem Negativtrend erweist sich die österreichische Arbeitsmarktlage jedoch weiterhin als vergleichsweise günstig (siehe Grafik 2).

Die europaweit ungleiche Verteilung der sozialen Krisenfolgen zeigt sich gerade im Bereich der Arbeitslosigkeit: Während in stark betroffenen EU-Staaten seit 2008 Anstiege von bis zu 17 Prozentpunkte stattgefunden haben und über 20% der Bevölkerung arbeitslos sind (Griechenland und Spanien), liegt der EU-28-Durchschnitt der Zunahme bei 2,4 Prozentpunkten und das Niveau der Arbeitslosigkeit zuletzt bei 8,8%.

In Österreich erfolgte im selben Zeitraum mit +1,6 Prozentpunkten eine unterdurchschnittliche Zunahme und auch das Niveau der Arbeitslosigkeit lag zuletzt im 2. Quartal 2016 mit 6,1% deutlich unter dem EU-Durchschnitt.

Dennoch haben die Österreicher/innen derzeit mit der höchsten Arbeitslosigkeit seit 60 Jahren zu kämpfen. In diesem Zusammenhang ist relevant, dass auch die Zahl der Beschäftigten seit 2008 um fast 150.000 Personen zugenommen hat – allerdings ist hier ausschlaggebend, in welcher Qualität diese Beschäftigungszunahme erfolgt ist. Können die zusätzlichen Beschäftigungsverhältnisse die gestiegene Ar-

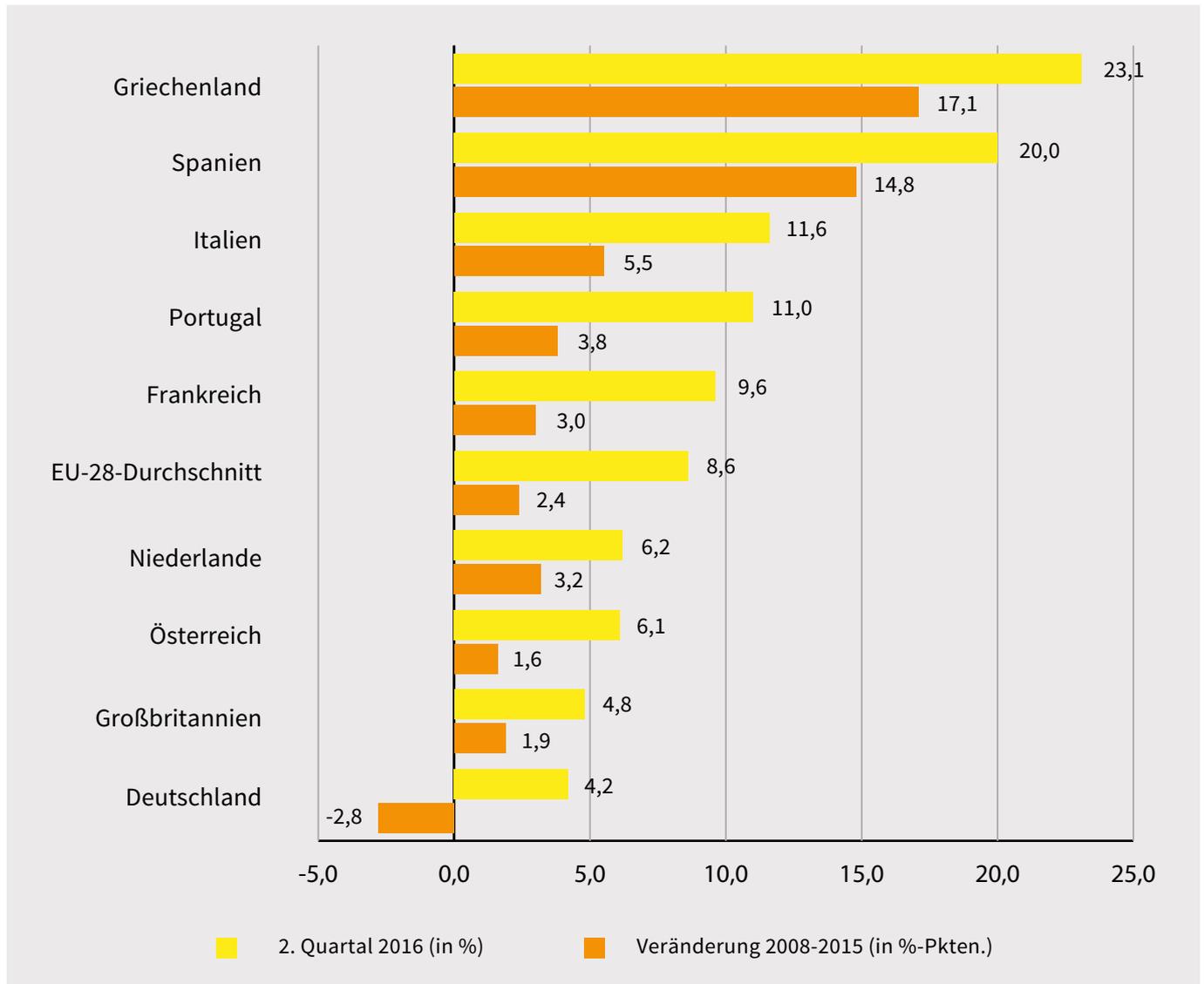
²³³ Arbeitsmarktservice: www.ams.at > Arbeitsmarktdaten

²³⁴ vgl. Monitoring über Sozialdaten (04/2009): www.sozialministerium.at > Service | Medien > Downloads (Suchbegriff: „Sozialdatenmonitoring“)

²³⁵ aktuelle Arbeitsmarktdaten: www.sozialministerium.at > Arbeit | Behinderung > Arbeitsmarkt > Arbeitsmarktdaten (Anm.: Eine Ursache für das höhere Niveau der österreichischen Arbeitslosenquote ab 2014 besteht auch in von Statistik Austria umgesetzten Verbesserungen bei der Berechnungsmethode.)

beitslosigkeit zumindest teilweise entschärfen, oder kennzeichnet diese steigende Beschäftigung hierfür unzureichende Eigenschaften (z.B. in Bezug auf die verfügbare Arbeitszeit oder in Hinblick auf das Rechtsverhältnis)?

Grafik 2: Arbeitslosigkeit – Vergleich ausgewählter EU-Mitgliedstaaten seit 2008 und Stand 2016



Quelle: Eurostat (letzte Aktualisierung 6.10.2016)

Eine weitere wichtige Frage, die in diesem Beitrag geklärt werden soll, ist die Gefährdungsverteilung in Bezug auf die zunehmende Arbeitslosigkeit: Für welche Bevölkerungsgruppen kam es verstärkt zu krisenbedingten Brüchen oder Nachteilen im Erwerbsleben, wer sind die größten Verlierer/innen der Krise?

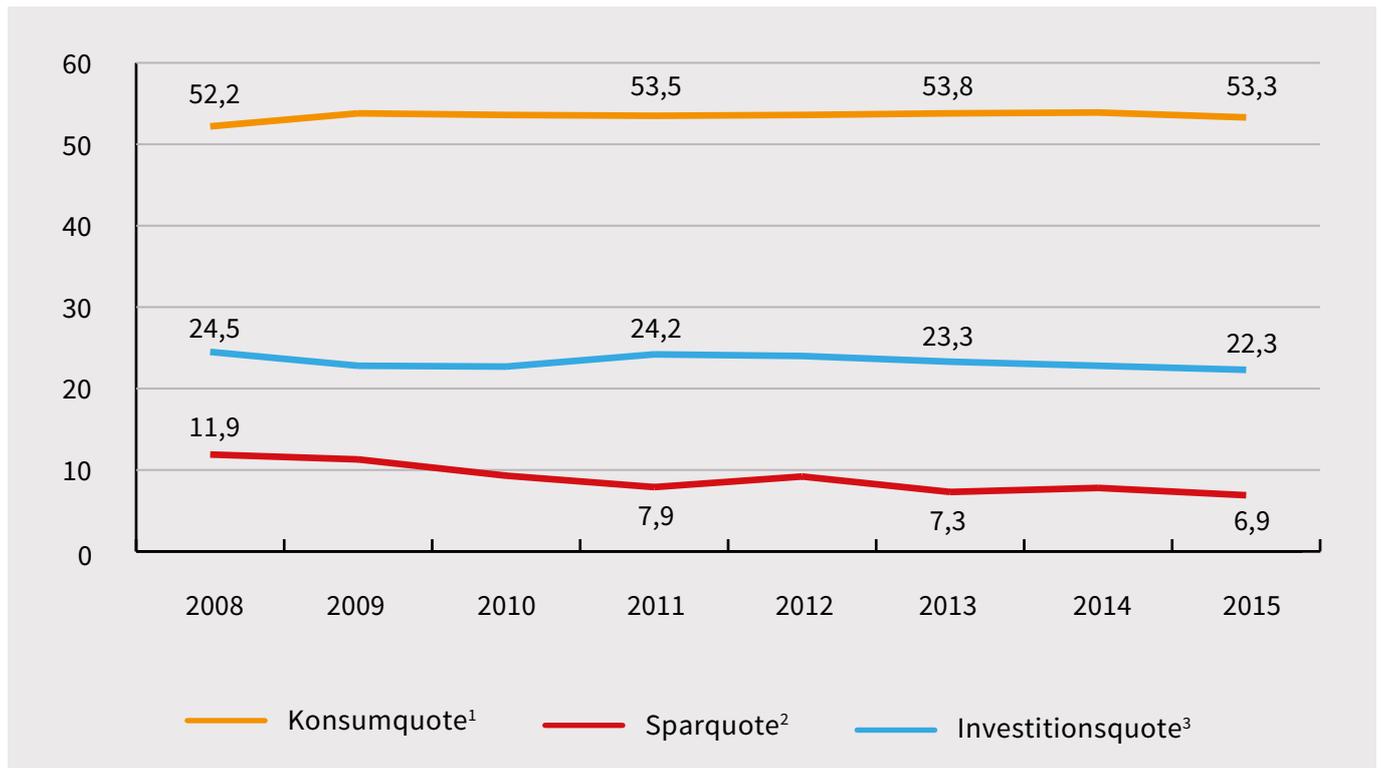
17.1.3 Stabile Konsumquote und rückläufige Sparquote

An der Schwelle des Übertritts der Krise auf die österreichische Realwirtschaft Ende 2008 war die Besorgnis groß, dass sich die Zukunftsängste der Bevölkerung in einem massiven Einbruch der Einzelhandelsumsätze

niederschlagen würden. Ein drastischer Rückgang des Konsums hätte die Rezession verstärkt und den positiven Effekten der Konjunkturmaßnahmen entgegengewirkt. Doch bereits das Weihnachtsgeschäft 2008

sorgte für eine erste Entwarnung²³⁶ und auch in den nächsten Jahren stärkte eine stabile Konsumquote die österreichische Wirtschaft.

Grafik 3: Konsum-, Spar- und Investitionsquote (in %) 2008-2015



Quelle: OeNB, Statistik Austria, WIFO

¹ Konsumquote: Anteil des privaten Konsums am Bruttoinlandsprodukt

² Sparquote (netto): Anteil des Sparens der privaten Haushalte am ges. verfügbaren Einkommen

³ Investitionsquote: Anteil der Unternehmensinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt

Daneben weist indessen eine deutlich sinkende Sparquote darauf hin, dass dieser Konsum zunehmend nicht mehr nur aus laufenden Einkommen gedeckt wurde bzw. werden kann (siehe Grafik 3); darüber hinaus bestehen auch verminderte Sparanreize infolge des Absinkens der Einlagezinsen²³⁷. Demgegenüber ist die

Investitionsquote der österreichischen Unternehmen zwar (v.a. zwischen 2012 und 2015) insgesamt um etwa 2 Prozentpunkte gesunken, ein ausgeprägter Rückgang wie bei der Sparquote der privaten Haushalte seit 2008 um 5 Prozentpunkte ist jedoch nicht feststellbar. Diese relativ stabile Investitionstätigkeit vor allem seit

²³⁶ vgl. Meldung der Austria Presse Agentur vom 22. Dezember 2008: „Christkind trotz Krise: Weihnachtsgeschäft wie Vorjahr“

²³⁷ vgl. Interview mit Rechts- und Staatswissenschaftler Dr. Wolfgang Hetzer: „Der Sparer wird schleichend enteignet“; in: Der Standard vom 17.3.2016, S. 13.

Beginn der Krise stellt keine Selbstverständlichkeit dar, das zeigen beispielsweise Rückgänge im selben Zeitraum von über 11 Prozentpunkten in Portugal oder von rd. 4 Prozentpunkten in Italien.²³⁸

Dass die Investitionsfreudigkeit der österreichischen Unternehmen im Krisenverlauf keinen substanziellen Einbruch erlitten hat, liegt nicht zuletzt auch an den konjunkturstützenden Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung, die u.a. im nächsten Abschnitt überblickshaft dargestellt werden.

17.1.4 Krisenabfolgen und politische Gegenstrategien

Seit 2008 wirkten unterschiedliche Ausprägungen krisenhafter Entwicklungen in Europa auf Österreich ein. Diese bewirkten wiederum spezifische politische Maßnahmen. Folgende Tabelle 1 gibt hiervon einen komprimierten Überblick. Darüber hinaus kann diese Darstellung behilflich sein, in der Folge auch verteilungswirksame Entwicklungen besser einordnen zu können:

Tabelle 1: Krisenabfolgen und Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung

Wirtschafts- und Finanzkrise	
Zeitraum	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Beginn: Platzen der US-Immobilienblase im Sommer 2007 ▪ Krise erfasst österreichische Realwirtschaft im Herbst 2008 ▪ einschneidendes Krisenjahr in Österreich: 2009
Verlauf	<p>US-Immobilien- und Spekulationskrise 2007: Häufung von uneinbringlichen („faulen“) Krediten; Eskalation aufgrund des Zusammenbruchs der Investmentbank „Lehman Brothers“ im September 2008; massive Kursverluste an den Börsen; weltweit massive Einbrüche bei der Industrieproduktion und ein stark angeschlagenes internationales Bankensystem führte zu stockender Kreditvergabe an die Realwirtschaft ► daher staatliche Garantien und Bankenrettungen (Verhinderung einer längerfristigen „Kreditklemme“) ► Entwicklungen führten zu einem starken Rückgang des Bruttoinlandsprodukts (v.a. 2009) und zur Wirtschaftskrise</p>
Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung	<ul style="list-style-type: none"> ▪ Vorziehen der für 2010 geplanten Steuerreform auf 2009 (Entlastung v.a. für Personen mit geringem/mittlerem Jahreseinkommen; Ausweitung der Spendenabsetzbarkeit; Besteuerung von Aktienoptionen für Manager/innen; höhere Freibeträge für Selbstständige inkl. Ein-Personen-Unternehmen; Familienpaket); Volumen (Abgaben-Minderaufkommen): ca. 3 Mrd. EUR/Jahr ▪ Arbeitsmarktpakete I und II (rd. 570 Mio EUR 2009/2010) ▪ Konjunkturpaket I (Beschluss Oktober 2008): Investitionen in Infrastruktur, Finanzierungskosten senkung für Unternehmen (Ausweitung staatlicher Haftungen und Garantien sowie Ermöglichung günstiger Kreditkonditionen zur Abwendung der befürchteten „Kreditklemme“), Erhöhung der Einkommen privater Haushalte, Unterstützung österreichischer Export-Unternehmen und Investoren; Volumen: insg. ca. 2,2 Mrd. EUR für 2009 und 2010 ▪ Konjunkturpaket II (Beschluss Dezember 2008): regionale Beschäftigungsoffensive, kostenloses Kindergartenjahr, Forschungsförderung, Investitionen in Infrastruktur (v.a. Bauwirtschaft); Volumen: insg. ca. 1,6 Mrd. EUR für 2009 und 2010

²³⁸ Bruttoinvestitionsquoten – Eurostat-Abfrage vom 31.8.2016 (<http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/submitViewTableAction.do>)

Fortsetzung Tabelle 1:

Staatsschulden- bzw. Eurokrise	
Zeitraum	Beginn ab 2010, nachdem Griechenlands Kreditwürdigkeit von der Ratingagentur „Standard&Poor’s“ im Oktober des Vorjahres herabgesetzt wurde; sukzessives „Downgrading“ Griechenlands und weiterer Staaten der Eurozone (v.a. Italien, Spanien, Portugal und Zypern) sowie negative Trendeinschätzungen für fast alle Mitgliedstaaten der Eurozone; tendenzielle Entspannung ab 2014
Verlauf	Staatsschuldenkrisen von Euro-Mitgliedstaaten: unterschiedliche Ausprägungen je nach Eurozonen-Mitglied; im Mittelpunkt standen jeweils Herabstufungen der Kreditwürdigkeit (durch Ratingagenturen) aufgrund hoher Staatsverschuldungen, die sich u.a. im Zuge der Konjunkturprogramme nach Eintritt der Wirtschafts- und Finanzkrise verschärften (betroffen waren insbesondere Griechenland, Spanien, Portugal, Italien, Irland, Zypern und Slowenien); die betroffenen Euro-Mitgliedsstaaten erhielten auf den internationalen Finanzmärkten keine leistbaren Refinanzierungen mehr ► EU-Länder mit ausreichender Bonität stellten Darlehen bereit („Euro-Rettungsschirm“, ESM ¹); gleichzeitig setzte die EU Initiativen zur Haushaltsdisziplin v.a. der Eurozonen-Mitgliedstaaten („Schuldenbremse“ = EU-Fiskalpakt, „Sixpack“ ²) ► die gesamte Eurozone wurde wirtschaftlich geschwächt (die in vielen Staaten umfangreichen Konsolidierungsmaßnahmen erschwerten zusätzlich die konjunkturelle Erholung ; in vielen Krisenländern kam es zu Kürzungen im Sozialsystem und Kaufkraftverlusten)
Maßnahmen der österreichischen Bundesregierung	<p>Budgetkonsolidierung in Österreich ab 2010 > „Sparpaket“-Einigung 2012:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ sturktuelles gesamtstaatliches Defizit soll nach den Maßnahmen den Zielen der österreichischen „Schuldenbremse“² entsprechen (2017 max. 0,45% des BIP); Volumen insgesamt: 26,5 Mrd. EUR (2012 bis 2016) <p>Maßnahmen-Beispiele:</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage (Arbeitslosen- und Pensionsversicherung) ▪ Aufnahmestopp für den öffentlichen Dienst bis 2014 ▪ Verwaltungsreformen (Einsparungen u. Effizienzsteigerungen) ▪ Streichung der Spekulationsfrist beim Immobilien-Verkauf ▪ bis 2016 befristeter Solidarbeitrag (Angestellte ab 184.000 EUR brutto/Jahr) ▪ Abgeltungsabgabe für un versteuerte Gelder auf schweizerischen Konten ▪ Befürwortung der Einführung einer Finanztransaktionssteuer nach EU-Modell ▪ Halbierung der staatlichen Prämie für die Privatvorsorge und das Bausparen <p>In bestimmten Bereichen aber auch zusätzliche Investitionen (2012-2016):</p> <ul style="list-style-type: none"> ▪ Schulen (1,6 Mrd. EUR), Universitäten (Uni-Milliarde ab 2013), Gesundheit, Infrastruktur, Sicherheit, Arbeitsmarkt (750 Mio. EUR Arbeitsmarktoffensive für Ältere), Pflege (Verlängerung des Pflegefonds); bestehende „Offensivmittel“ blieben unangetastet ▪ keine Anhebung von Massensteuern

Quellen: Bundeskanzleramt, BMF, IHS, WIFO

¹ ESM = Europäischer Stabilitätsmechanismus (www.esm.europa.eu)

² Information des Europäischen Parlaments: www.europarl.europa.eu > Informieren > Kurzdarstellungen zur Europäischen Union > Wirtschafts- und Währungsunion > Kapitel 4.2.1 „Ein neuer Rahmen für die Fiskalpolitik“

Diese Übersicht zeigt, dass in der Abfolge der Krisenentwicklungen zunächst kaufkraftstärkende sowie investitionsstützende Maßnahmen getroffen wurden (Entlastung niedriger und mittlerer Einkommen durch das Vorziehen der Steuerreform, Konjunkturpakete mit starkem Schwerpunkt auf Infrastruktur-Investitionen). In einem späteren Schritt wurden jedoch im Rahmen des Konsolidierungspakets öffentliche Ausgaben wieder reduziert. Denn wie in anderen EU-Staaten auch hat sich in Österreich der öffentliche Schuldenstand seit 2008 stark erhöht, nämlich bis 2015 um insgesamt rd. 18 Prozentpunkte auf ca. 86% des BIP. Allerdings relativieren Vergleiche zu Entwicklungen in anderen Eurozonen-Staaten im selben Zeitraum wie Italien (+30,3 Prozentpunkte auf 132,7%), Portugal (+57,3 Prozentpunkte auf 129%) oder Griechenland (+67,5 Prozentpunkte auf 176,9%) das Ausmaß des krisenbedingten Staatsschuldenzuwachses in Österreich.²³⁹

Dessen ungeachtet wurden – v.a. vor dem Erfahrungshintergrund der rigorosen Kreditwürdigkeitshierabstufungen von (krisengebeutelten) Staaten – in Österreich und ganz Europa Konsolidierungspakete geschnürt (siehe Tabelle 1). Diese „kollektive EU-Sparpolitik“ verminderte die wirtschaftliche Dynamik des Euroraums in den letzten Jahren deutlich.

In Zusammenhang mit der Budgetkonsolidierung in Österreich wurde aber auch erkennbar, dass die Stärkung der Verteilungsgerechtigkeit zunehmende Bedeutung bei der Gestaltung der politischen Maßnahmen einnahm: Neben der Einführung eines Solidar-

beitrags von Personen mit sehr hohen Einkommen wurden auch mit Hilfe der Anhebung der Höchstbeitragsgrundlage und mit der Streichung der Spekulationsfrist bei Immobilienverkäufen diesbezügliche Akzente gesetzt.

Die Tatsache, dass die Wirtschaftskrise ihren Ursprung in einer Spekulationskrise hatte, führte zu einer verstärkten Sensibilisierung dahingehend, dass die Kosten der Sparpakete nicht zu Lasten jener Bevölkerungsgruppen mit geringen Einkommen gehen sollten. Eine in Bezug auf das Einnahmenvolumen symbolische Entscheidung, welche diese Haltung vermitteln sollte, war die Wiedereinführung der Schaumweinsteuer („Sektsteuer“) 2014²⁴⁰, während das Sparpaket dezidiert keine Erhöhung von Massensteuern²⁴¹ vorsah.

All diese Akzentuierungen müssen aber im Kontext der Dimensionen budgetärer Anstrengungen, die beispielsweise im Rahmen des Finanzmarktstabilitätsgesetzes zu Beginn der Wirtschaftskrise bereits 2008 getroffen wurden, relativiert werden: Der österreichische Bankensektor wurde durch Übernahme von Haftungen sowie Gewährung von Darlehen an Bank- und Finanzinstitute, durch Zuführung von Eigenmitteln und z.T. durch Übernahme von Eigentumsrechten in Ausnahmefällen (z.B. Kommunalkredit, Hypo Alpe Adria) massiv gestützt. Bereits damals wurde vom Gesetzgeber ein finanzieller Rahmen von bis zu 22 Milliarden EUR zur Verfügung gestellt, wobei die Instrumente „Zuführung von Eigenkapital“ sowie „Übernahme von staatlichen Haftungen“ am stärksten in Anspruch ge-

²³⁹ Eurostat-Daten „Öffentlicher Schuldenstand“ (letztes Update vom 10.10.2016)

²⁴⁰ vgl. Linsinger, Eva: Sektsteuer: Abgaben für „Reiche und Lustige“ haben eine lange Tradition; in: Profil 17.12.2013: <http://www.profil.at/oesterreich/sektsteuer-abgaben-reiche-lustige-tradition-370729> (Anm. d. Verf.: Laut Angaben des Bundesministeriums für Finanzen lag der Abgabenerfolg bei der Schaumweinsteuer im Jahr 2015 bei rd. 20 Mio. EUR.)

²⁴¹ vgl. Bundeskanzleramt Österreich: Konsolidierungspaket 2012-2016; Wien Februar 2012, S. 2.

nommen wurden.²⁴² Der österreichische Fiskalrat bezifferte indessen, dass bis Ende 2015 insgesamt 35,7 Mrd EUR der Bruttoverschuldung auf Maßnahmen im Rahmen des Bankenpakets zurückzuführen sind.²⁴³

Daneben berechnete die Statistik Austria die erwarteten Gesamtkosten für die österreichischen Steuerzahler/innen, welche sich alleine im Zuge der Verstaatlichung der gescheiterten Hypo Alpe Adria-Bank bzw. im Zusammenhang mit deren Abbaugesellschaft HETA²⁴⁴ ergeben, auf insgesamt 12,5 Mrd. EUR²⁴⁵. Die Ausgestaltung einer gerechten Verteilung diesbezüglicher budgetärer Einschränkungen wird eine der großen zukünftigen Herausforderungen darstellen.

Im Vergleich dazu: Die jährlichen Ausgaben für die bedarfsorientierte Mindestsicherung (BMS) beliefen sich 2015 – ebenfalls laut Statistik Austria – auf 0,8 Mrd. EUR (das sind 0,8% an den gesamten Sozialausgaben).

17.1.5 Aktuelle Herausforderungen und Ausblick

Vor dem Hintergrund der Entwicklungen seit 2008 kommt auch dem im Jahr 2015 von Österreich geleisteten Beitrag bei der Bewältigung der Flüchtlingsbewegungen nach Europa²⁴⁶ eine verteilungspolitische Dimension zu: Eine der zentralen Aufgaben der nächsten Jahre wird zweifelsfrei in der erfolgreichen Bewältigung der beruflichen und sozialen Integration dieser Bevölkerungsgruppe liegen.

Erste Erhebungen des Arbeitsmarktservice (AMS) zeigen, dass die beruflichen Kompetenzen der flüchtenden Menschen unterschiedlich ausgeprägt sind: Während beispielsweise von den Flüchtlingen aus Afghanistan nur 26% eine über die Pflichtschule hinausgehende Ausbildung erworben haben, liegt dieser Anteil bei den erhobenen Personen aus Syrien bei 67%. Das AMS hat in diesem Zusammenhang 2016 rund 68 Mio. EUR für Maßnahmen zur Integration von Asylberechtigter in den Arbeitsmarkt investiert, v.a. in Form von Deutschkursen, Aus- und Weiterbildungen und im Bereich der Anerkennung von Qualifikationen.²⁴⁷

Europa steht weiterhin vor großen Herausforderungen – nicht nur in Bezug auf die Flüchtlingskrise. Auch das eingetretene Pro-Brexit-Votum in Großbritannien hat neue wirtschaftliche und europapolitische Unsicherheiten hervorgerufen. Die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute IHS und WIFO prognostizierten im Herbst 2016 für das laufende Jahr ein reales BIP-Wachstum von 1,7% und für 2017 mit 1,5% einen Wert im Euroraum-Durchschnitt. Darüber hinaus wurde festgehalten, dass der private Konsum 2016 erstmals seit drei Jahren wieder gestiegen ist und das österreichische Wirtschaftswachstum in selben Jahr mit +1,7% den Rückstand zum Euro-Raum und zu Deutschland überwunden habe. Darüber hinaus schätzen die WIFO-Experten/Expertinnen die negativen Effekte des „Brexits“ auf Österreichs Wirtschaft als geringfügig ein (weniger als 0,1% des BIP 2017).²⁴⁸

²⁴² vgl. Bundesministerium für Finanzen: www.bmf.gv.at > Finanzmarkt > Finanzmarktstabilitätspaket

²⁴³ vgl. Information des Büros des Fiskalrates vom 12. Jänner 2016: Das „österreichische Bankenpaket“ und die Staatsfinanzen (www.fiskalrat.at > Publikationen > Sonstige Studien)

²⁴⁴ HETA ASSET RESOLUTION AG (www.heta-asset-resolution.com)

²⁴⁵ vgl. Meldung der Austria Presse Agentur vom 26. Juni 2016: „Hypo-U-Ausschuss – Hypo als Milliardengrab für Steuergeld“

²⁴⁶ laut Asylstatistik des Innenministeriums rd. +60.300 Anträge im Vergleich zum Jahr 2014

²⁴⁷ vgl. Sozialministerium >Service | Medien >News & Veranstaltungen > Archiv (12.1.2016): „Kompetenzchecks als Ausgangsbasis für Flüchtlingsintegration“

²⁴⁸ vgl. WIFO: Prognose für 2016 und 2017: Konsum wächst erstmals seit drei Jahren wieder, Wien, September 2016, S. 1-6

Trotz dieser günstigeren konjunkturellen Aussichten prognostiziert das Arbeitsmarktservice auch für 2017 einen weiteren Anstieg der Arbeitslosigkeit, da v.a. das Arbeitskräfteangebot stärker als die Beschäftigung zunehmen werde.²⁴⁹ Eine zuletzt veröffentlichte mittelfristige WIFO-Prognose erwartet aus demselben Grund sinkende Arbeitslosenzahlen in Österreich erst für das Jahr 2021.²⁵⁰

17.2 Arbeitsmarkt und Beschäftigung

Im ersten Abschnitt wurde die allgemeine Entwicklung der Arbeitslosigkeit seit 2008 dargestellt. Dieser Teil des Beitrags soll die spezifische Verteilung dieses Anstiegs sowie des gleichzeitigen Beschäftigungszuwachses beleuchten.

17.2.1 Merkmale des Anstiegs der Arbeitslosigkeit 2008 bis 2015

Während sich zunächst im Krisenjahr 2009 die gestiegene Arbeitslosigkeit vor allem auf die Berufsgruppe „Industrie und Gewerbe“ konzentrierte (aufgrund der bereits erwähnten Einbrüche bei der Industrieproduktion), verteilten sich die Anstiege in den Folgejahren über alle Branchen weitgehend ausgleichend, sodass sich mittlerweile kein Wirtschaftszweig als markanter „Krisenverlierer“ abhebt.

Bei einer Betrachtung in Bezug auf die Ausgangslage 2008 vermitteln soziodemografische Eigenschaften wie Alter, Geschlecht, Bildungsstand oder Staatsangehörigkeit der von Arbeitslosigkeit betroffenen Menschen ein aussagekräftigeres Bild (siehe Tabelle 2):

Tabelle 2: Zahl der arbeitslosen Personen nach Bildung, Alter und Geschlecht 2008-2015

	Insgesamt			Absolute Veränd. 2008-2015	Veränderung 2008-2015 in %		
	2008	2009	2015		Insgesamt	Frauen	Männer
Bildung							
Kein Schulabschluss	12.063	14.057	23.220	+11.157	+92,5	+86,5	+97,1
Pflichtschule	87.134	104.478	141.029	+53.895	+61,9	+52,9	+69,3
Lehrausbildung	73.598	93.140	115.401	+41.803	+56,8	+48,7	+61,2
Höhere Schule	17.539	22.073	33.464	+15.925	+90,8	+82,5	+99,9
Akademische Ausbildung	8.649	10.663	21.515	+12.866	+148,8	+149,2	+148,3
Alter							
jünger als 25 Jahre	34.069	42.908	46.701	+12.632	+37,1	+26,0	+45,8
von 25 bis unter 50 Jahre	134.564	165.672	213.816	+79.252	+58,9	+53,2	+63,8
ab 50 Jahre	43.620	51.728	93.814	+50.194	+115,1	+116,5	+114,2
Insgesamt¹	212.253	260.309	354.332	+142.079	+66,9	+59,7	+72,6

Quelle: BaliWeb-Abfrage; AMS, HVS

¹ Die Summe der Arbeitslosen in allen Bildungskategorien ist geringer als jene in der Zeile „Insgesamt“, da unter diesen auch die Kategorien „Unbegeklärt“ und „Mittlere Ausbildung“ enthalten sind, die nicht ausgewiesen wurden.

²⁴⁹ vgl. AMS/Synthesis Forschung: Vorübergehend verlangsamter Anstieg der Arbeitslosigkeit – Quartalsprognose zum österreichischen Arbeitsmarkt 2016/2017; Wien, September 2016, S. 5-9

²⁵⁰ vgl. WIFO-Presseinformation: Mittelfristige WIFO-Prognose: Arbeitslosigkeit steigt bis 2019/20 weiter; Wien, Oktober 2016, S. 1-2

Im Krisenjahr 2009 erfolgte die Zunahme der Arbeitslosigkeit noch in allen drei dargestellten Altersgruppen relativ gleichmäßig (mit einer geringfügig höheren relativen Betroffenheit der jüngeren Bevölkerung). In der Gesamtbetrachtung der Kategorie „Alter“ ist jedoch auffallend, dass die stärkste absolute Zunahme mit rd. 79.300 Personen zwar erwartungsgemäß bei den Personen im Erwerbssalter zwischen 25 und 50 Jahren stattgefunden hat; die höchste relative Zunahme ist zwischen 2008 und 2015 hingegen mit 115% bei den älteren Erwerbstätigen festzustellen.²⁵¹

In diesen Zahlen schlagen sich neben demografischen Effekten aber auch langfristige Bemühungen der Bundesregierung nieder, frühzeitige Pensionierungen zurückzudrängen und mit Hilfe beruflicher Rehabilitierungsmaßnahmen die Zahl der (unbefristeten) Invaliditätspensionistinnen/-pensionisten zu begrenzen.

Betrachtet man die Zunahme der Arbeitslosigkeit seit Beginn der Krise nach dem Bildungsstatus, zeigt sich eine vielschichtige Entwicklung seit 2008: Einerseits wird deutlich, dass jene Personen, die nur über einen Pflichtschulabschluss verfügen, in absoluten Zahlen mit einer Zunahme um fast 54.000 auf rd. 141.000 Arbeitslose bis zum Jahr 2015 die größte Risikogruppe darstellen; andererseits kam es beispielsweise auch bei den Akademikerinnen/Akademikern zu einem spürbaren Anstieg (rd. +13.000 Personen), wobei hier das Niveau mit etwa 21.500 arbeitslosen Personen hingegen deutlich geringer ist.

Denn während Personen ohne einen die Pflichtschule übersteigenden Bildungsabschluss seit 2008 in etwa konstant einen Anteil von 46% an den gesam-

ten Arbeitslosen einnehmen, liegt der Akademiker/innen-Anteil 2015 bei nur 5% (2008: 3,3%). Die Arbeitslosenquoten nach Bildungsabschluss sind in diesem Zeitraum an beiden „Extremen“ gestiegen: Jene der Nur-Pflichtschul-Abgänger/innen um fast 12 Prozentpunkte auf 26% im Jahr 2015; jene der Akademiker/innen um 1,5 Prozentpunkte auf 3,4%.²⁵²

In diesem Sinne konnte höhere Bildung zwar nicht gänzlich vor der zunehmenden Arbeitslosigkeit schützen – ein deutliches Signal ist aber, dass sich insgesamt etwa 45% der gesamten Zunahme der Arbeitslosigkeit zwischen 2008 und 2015 auf Personen mit keinem oder nur Pflichtschulabschluss verteilt hat.

Die geschlechtsspezifische Verteilung zeigt in fast allen Bildungskategorien (außer bei den „Akademischen Ausbildungen“) sowie in der Gesamtbetrachtung eine deutlich stärkere prozentuelle Zunahme der Arbeitslosigkeit bei den Männern. Zwischen 2008 und 2015 erhöhte sich der Anteil der Männer an den gesamten arbeitslosen Personen um etwa zwei Prozentpunkte auf rd. 58%.

Ausländer/innen kämpfen in Österreich seit 2008 mit einem deutlich erhöhten Arbeitslosigkeitsrisiko: Lag der Anteil der Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft an den gesamten Arbeitslosen vor Beginn der Krise bei 82%, so sank dieser Anteil bis 2015 um rd. 10 Prozentpunkte auf 73%. Insbesondere Personen aus Drittstaaten sind in Österreich einem zunehmenden Arbeitslosigkeitsrisiko ausgesetzt: Während ihr Bevölkerungsanteil laut Statistik Austria 2015 nur rd. 6,6% umfasst, lag ihr Anteil an den gesamten Arbeitslosen im selben Jahr bei rd. 16%. An dieser Stelle ist hinzuzufügen, dass auch das Arbeitskräfte-

²⁵¹ Es bestehen hier auch geringfügige Effekte der Alterung (langzeitbeschäftigungslose Personen fallen innerhalb des Beobachtungszeitraumes in eine höhere Alterskategorie).

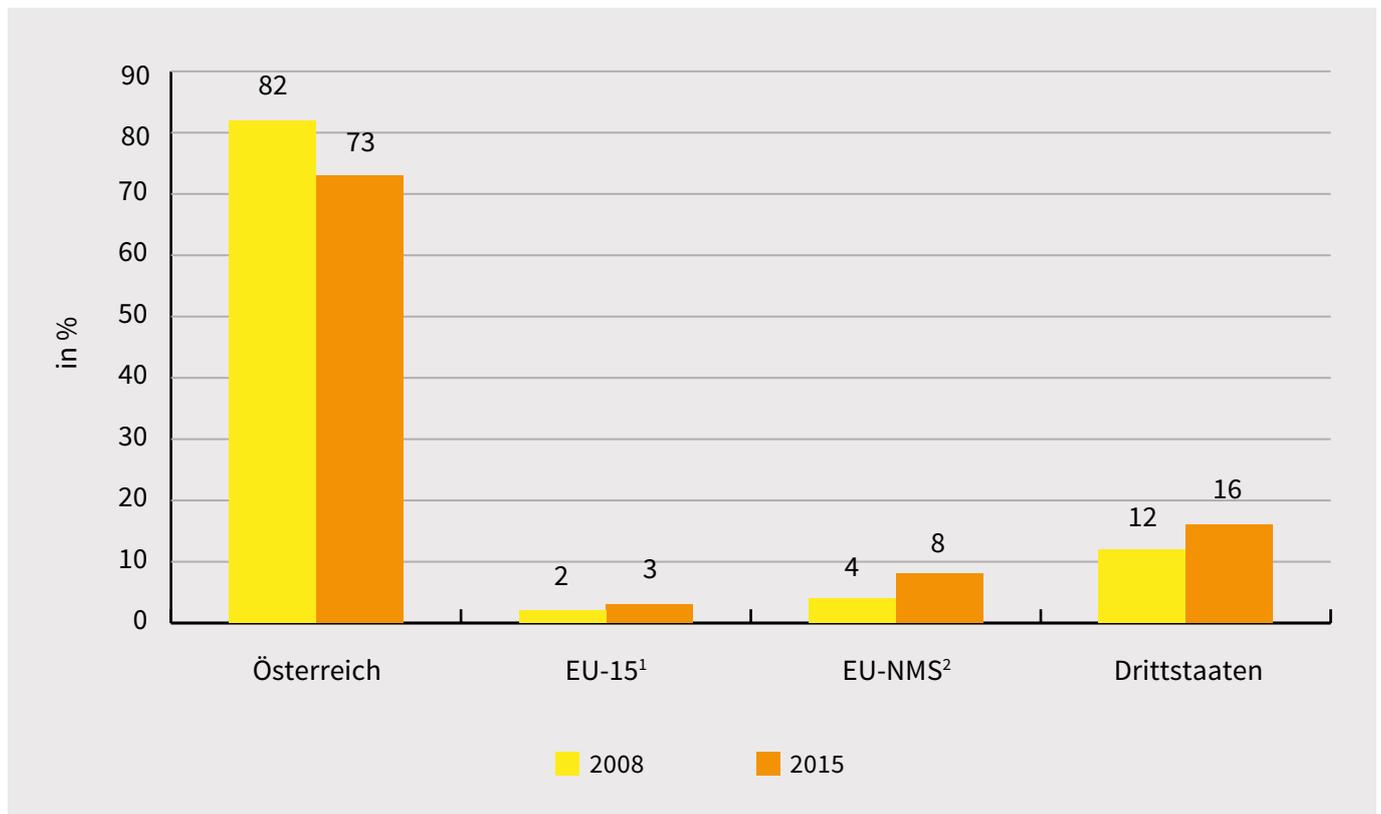
²⁵² vgl. www.ams.at > Arbeitsmarktdaten > Berichte und Auswertungen > Arbeitsmarkt & Bildung

potenzial²⁵³ im selben Zeitraum um beinahe 290.000 Personen oder 8% angewachsen ist.

Die Entwicklung der durchschnittlichen Dauer der Arbeitslosigkeit weist auf eine zunehmende Zahl von Personen hin, die gravierende Probleme haben, wieder ein geregeltes Erwerbsleben führen zu können. Diese Verteilung der Dauer der Arbeitslosigkeit wurde in den Jahren seit Beginn der Krise ebenfalls ungleicher: Während der Anteil jener arbeitslosen Personen, die

länger als zwölf Monate von Arbeitslosigkeit betroffen waren, zwischen 2008 und 2015 um sieben Prozentpunkte angestiegen ist und sich die Gesamtzahl jener Personen insgesamt versechsfachte, blieb jener Anteil der zwischen drei und sechs Monate arbeitslos Gemeldeten relativ konstant. Demgegenüber sank hingegen der Anteil jener Personen, die nur kurze Arbeitslosigkeitsperioden von unter drei Monaten erleben im gesamten Zeitverlauf sogar um 17 Prozentpunkte.

Grafik 4: Veränderung der Anteile an den gesamten arbeitslosen Personen nach Staatsangehörigkeit zwischen 2008 und 2015



Quelle: BaliWeb-Abfrage; AMS, HVS

¹ ohne Österreich

² EU-Mitgliedstaaten der Erweiterungsrunden 2004, 2007 inkl. Kroatien

²⁵³ Das Arbeitskräftepotenzial (nationale Definition) umfasst alle unselbstständig Erwerbstätigen und die registrierten arbeitslosen Personen.

Tabelle 3: Arbeitslose Personen nach Vermerk- bzw. Verweildauer 2008-2015

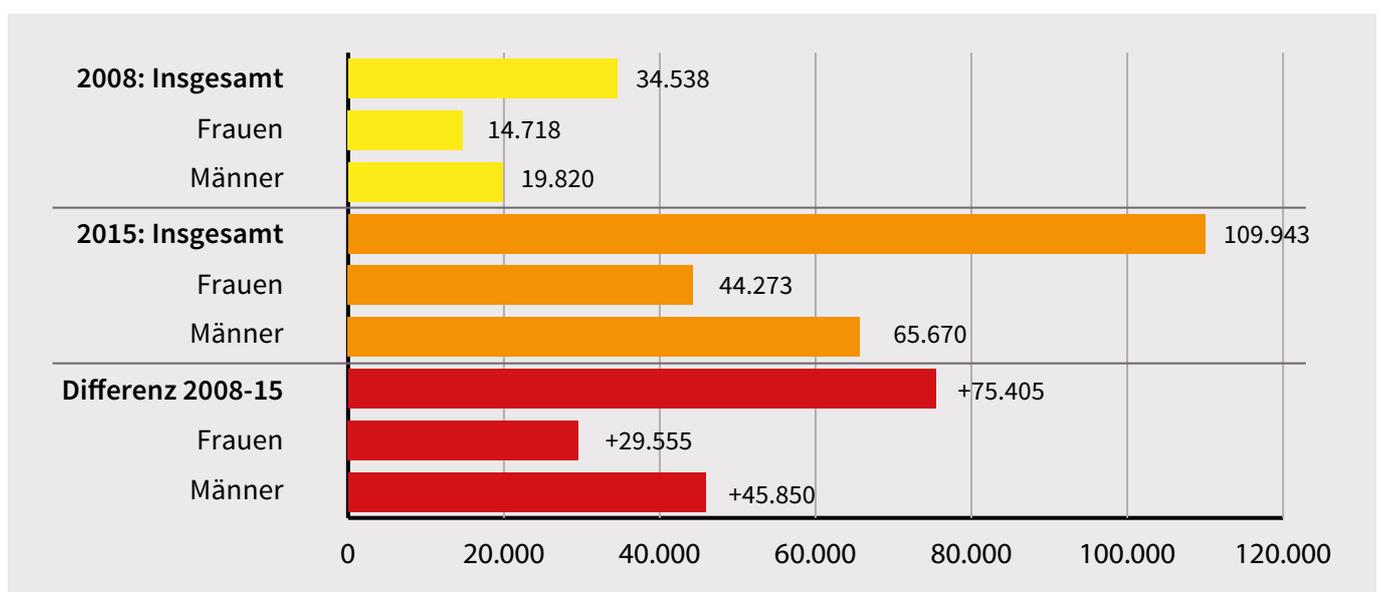
	2008	2015	Veränderung 2008-15 in %	Anteile 2015 in %	Veränd. der Anteile 08-15 in %-Punkten
bis unter 3 Monate	139.988	173.866	+24	49	-17
3 Monate bis unter 6 Monate	45.164	78.701	+74	22	+1
6 Monate bis unter 1 Jahr	21.355	67.004	+214	19	+9
1 Jahr und länger	5.746	34.760	+505	10	+7

Quelle: Quelle: BaliWeb-Abfrage; AMS, HVS

Mit fortwährender Dauer der angespannten Lage auf dem Arbeitsmarkt wird somit auch jene Personengruppe größer, der es aufgrund unterschiedlicher Nachteile (v.a. Qualifikationshintergrund und gesundheitliche Probleme) besonders schwerfällt, einen neuen Arbeitsplatz zu finden bzw. langfristig zu behalten. Diese Tendenz bildet sich noch deutlicher in der Zahl der langzeitbeschäftigungslosen Personen ab: Im Un-

terschied zur Kategorie „Langzeitarbeitslosigkeit“ werden bei diesem Konzept all jene berücksichtigt, die länger als 365 Tage als arbeitslos registriert sind oder auch an einer (AMS-)Schulung teilnehmen bzw. sich auf Lehrstellensuche befinden. Erst eine Unterbrechung von über 62 Tagen (längere Krankheit oder Arbeitsaufnahme²⁵⁴) unterbricht Langzeitbeschäftigungslosigkeit.

Grafik 5: Langzeitbeschäftigungslosigkeit 2008-2015 (in Personen)



Quelle: AMS

²⁵⁴ „Bezugssperre“ gilt nicht als Unterbrechung.

Wie in Grafik 5 ersichtlich wird, kam es zwischen 2008 und 2015 zu einem deutlichen Anstieg dieser von der angespannten Arbeitsmarktlage am schwerwiegendsten betroffenen Bevölkerungsgruppe: Der Zuwachs um rd. 75.400 Personen auf insgesamt rd. 110.000 Personen bedeutet zudem mehr als eine Verdreifachung dieser von langfristiger Erwerbsferne geprägten Menschen. Laut einer Darstellung des AMS lag der Langzeitbeschäftigungslosen-Anteil an den arbeitslosen Männern im November 2015 mit 34,2% höher als jener unter den arbeitslosen Frauen (28,4%). Darüber hinaus sind arbeitslose Personen ab 45 Jahren (+8%-Pkte.), Arbeitslose mit höchstens Pflichtschulabschluss (rd. +4%-Pkte.) sowie v.a. jene mit einer gesundheitlichen Vermittlungseinschränkung (+21%-Pkte.) überdurchschnittlich von Langzeitbeschäftigungslosigkeit betroffen.²⁵⁵

Junge Menschen mit ähnlich gelagerten Schwierigkeiten am Beginn ihrer Erwerbskarrieren werden mit der Kennzahl NEET²⁵⁶ erfasst. Es handelt sich hierbei um Personen im Alter zwischen 15 und 24 Jahren, die erwerbslos sind und auch an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen (EU-Definition). Wenngleich Österreich bei dieser Kennzahl insgesamt zwischen 2008 und 2015 einen weitgehend konstanten Verlauf vorweisen kann und mit zuletzt 7,5% im Vergleich zum EU-Durchschnitt (12%) ein relativ geringes Niveau einnimmt, besteht doch ein geschlechtsspezifischer Unterschied im Zeitverlauf: Während die männliche NEET-Quote seit 2008 um fast einen Prozentpunkt auf 7,7% zugenommen hat, ist jene der jungen Frauen im selben Vergleichszeitraum 0,8 Prozentpunkte zurückgegangen.

Über den gesamten Beobachtungszeitraum betrachtet wurde der höchste NEET-Wert in Österreich mit 8,2% im Krisenjahr 2009 gemessen.²⁵⁷

17.2.2 Steigende Beschäftigungszahlen durch Frauen und Teilzeit

Auch wenn dieser Befund widersprüchlich erscheint: Die – wie bereits beschrieben – fast kontinuierlich steigende Arbeitslosigkeit in Österreich seit Beginn der Krise(n) ging mit steigenden Beschäftigungszahlen einher. Um diese Aussage nachvollziehbar zu machen, lohnt sich ein Blick auf die Qualität dieser neuen (unselbstständigen) Beschäftigungsverhältnisse.

Eine Möglichkeit liegt in der Betrachtung der Verteilung zwischen Voll- und Teilzeitbeschäftigungsverhältnissen: Während 2008 die Teilzeitquote, also der Anteil der Teilzeitbeschäftigten an den gesamten unselbstständig Erwerbstätigen, insgesamt bei 23% lag, erhöhte sich dieser Anteil bis zum Jahr 2015 auf 28%. Dieser Anstieg ist bei beiden Geschlechtern erfolgt, jedoch nicht im selben Ausmaß und vor allem auch nicht vom selben Niveau ausgehend: Während die Frauen-Teilzeitquote von 2008 bis 2015 um 5,7 Prozentpunkte angewachsen ist und am Ende dieses Zeitraums den Wert 47,8% eingenommen hat, stieg diese bei den Männern im selben Zeitraum um 3,2 Prozentpunkte, erreichte aber auch 2015 den vergleichsweise niedrigen Wert von 9,8%.

Mit Hilfe von Tabelle 4 wird ersichtlich, dass die Anzahl der unselbstständig Beschäftigten im Vergleichszeitraum insgesamt um knapp 156.000 Personen (+4,5%) angestiegen ist, dieser Zuwachs aber nur Teilzeit-

²⁵⁵ vgl. Arbeitsmarktservice Österreich: *Langzeitarbeitslosigkeit und Langzeitbeschäftigungslosigkeit; Spezialthema zum Arbeitsmarkt*, November 2015, S. 3: http://www.ams.at/_docs/001_spezialthema_1115.pdf

²⁵⁶ NEET = Not in Education, Employment, or Training

²⁵⁷ Eurostat-Abfrage: *nichterwerbstätige Jugendliche, die weder an Bildung noch an Weiterbildung teilnehmen (NEET), Altersgruppe der 15-24-Jährigen* (<http://ec.europa.eu/eurostat> - Code: tesem150)

17. VERTEILUNG DER SOZIALEN KRISENFOLGEN: VERSCHIEBUNGEN SEIT 2008

Erwerbstätige umfasst; in Summe kam es von 2008 bis 2015 zu einem Anstieg der Teilzeit-Beschäftigten von rd. 213.400 Personen, die Zahl der Vollzeit-Erwerbstä-

tigen nahm hingegen im selben Zeitraum um 57.400 ab.

Tabelle 4: Entwicklung unselbstständig Erwerbstätige 2008-2015, nach Voll-/Teilzeit und Geschlecht

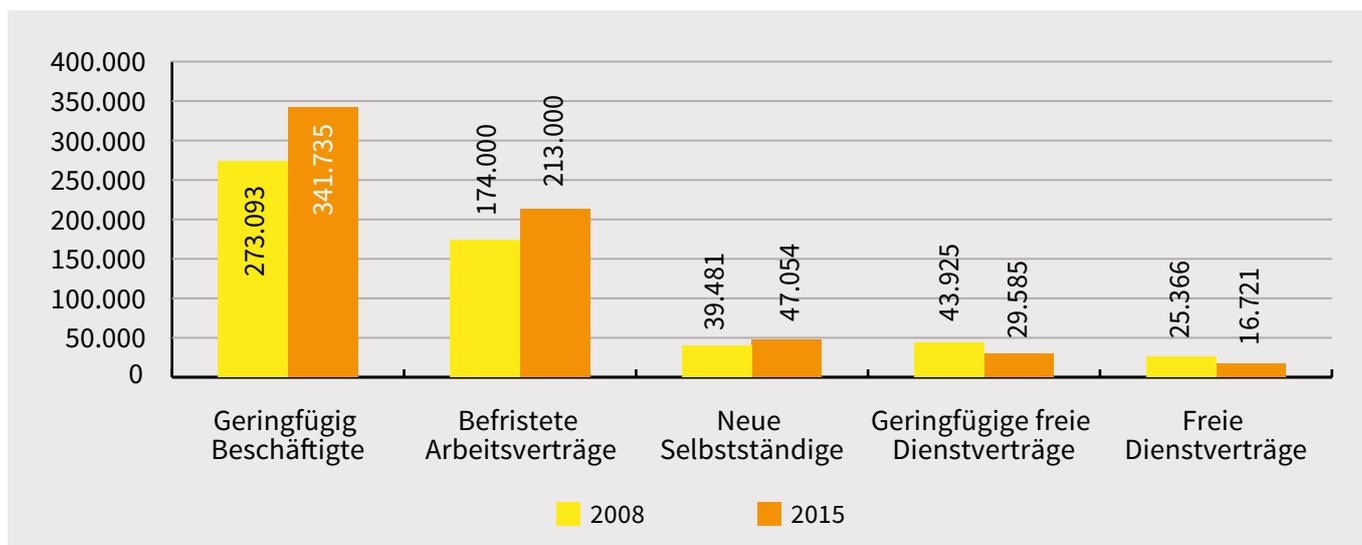
	Unselbstständig Erwerbstätige im Jahr 2015	Gesamtentwicklung Veränd. seit 2008		Vollzeit-Erwerbstätige Veränd. seit 2008		Teilzeit-Erwerbstätige Veränd. seit 2008	
		absolut	in %	absolut	in %	absolut	in %
Insgesamt	3.609.200	+155.900	+4,5%	-57.400	-2,2%	+213.400	+26,5%
Männer	1.875.900	+32.100	+1,8%	-28.100	-1,6%	+60.200	+49,7%
Frauen	1.751.300	+123.900	+7,6%	-29.300	-3,1%	+153.200	+22,4%

Quelle: Statistik Austria; Mikrozensus-Arbeitskräfteerhebung

Darüber hinaus ist festzustellen, dass der Netto-Beschäftigungszuwachs zu rd. 79% von Teilzeit arbeitenden Frauen getragen wird – wohingegen die Vollzeit-Beschäftigungsverhältnisse bei beiden Geschlechtern seit 2008 deutlich sowohl bei Männern (-1,6%) als auch bei Frauen (-3,1%) abnehmen.

Eine weitere wesentliche Perspektive besteht in der Entwicklung der atypischen Beschäftigungsverhältnisse: In Grafik 6 werden die Veränderungen für folgende Hauptkategorien atypischer Beschäftigungsformen dargestellt: geringfügig Beschäftigte, befristete Arbeitsverträge, „Neue Selbstständige“, geringfügige freie Dienstverträge und andere freie Dienstverträge.

Grafik 6: Atypische Beschäftigung 2008-2015



Quelle: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Eurostat

Die zunehmende Bedeutung der geringfügigen Beschäftigung hält an: Im Jahr 2015 gab es rd. 68.600 mehr geringfügig Beschäftigte als 2008. Auch diese Entwicklung ist in den Kontext der angespannten Arbeitsmarktlage zu setzen, da der monatliche Richtwert für geringfügige Beschäftigung²⁵⁸ als Zuverdienstgrenze beim Arbeitslosengeld und bei der Notstandshilfe sowie auch beim Bezug vorzeitiger Pensionsleistungen (z.B. Korridor pension) herangezogen wird. So haben beispielsweise allein die Fälle einer Kombination zwischen geringfügiger Beschäftigung und dem Bezug einer Arbeitslosenleistung bereits zwischen 2008 und dem darauffolgenden Jahr um 1,3 Prozentpunkte (rd. +4.600 Fälle) zugenommen.²⁵⁹ Bis zum Jahr 2015 betrug die Zunahme bei dieser Kombination (seit 2008) insgesamt rd. 23.500 Personen²⁶⁰.

Auch die befristeten Arbeitsverhältnisse haben seit 2008 stark zugenommen, nämlich um 39.000 oder 22% auf rd. 213.000 Verträge im Jahr 2015. Dieser Trend liegt deutlich über dem EU-Durchschnitt (+1,4%); in Deutschland kam es bei den befristeten Arbeitsverträgen im selben Vergleichszeitraum sogar zu einem Rückgang von rd. 3%.

2015 arbeiteten darüber hinaus rd. 47.000 Menschen als „Neue Selbstständige“ und damit um ca. 7.600 mehr als 2008. Diese wachsende Zahl an Unternehmer/innen ohne Gewerbeschein(pflicht) sind in Bereichen tätig, die früher in erster Linie unselbstständige

Beschäftigungsverhältnisse begründeten (z.B. Therapeutinnen/Therapeuten, Gutachter/innen, Autorinnen/Autoren, Vortragende)²⁶¹. Während 2008 nur rd. 42% der „Neuen Selbstständigen“ Frauen waren, erhöhte sich dieser Anteil bis 2015 auf knapp 45%.

Bei den „Freien Dienstverträgen“ ist im selben Zeitverlauf hingegen eine deutliche und kontinuierliche Reduktion feststellbar (auch bei der Variante unter der Geringfügigkeitsgrenze). Diese Entwicklung wurde nicht zuletzt von gewerkschaftlichen Forderungen unterstützt, welche davon ausgehen, dass der Großteil der Freien Dienstnehmer/innen aus rechtlicher Sicht eigentlich (kollektivvertraglich geregelte) Angestelltenverträge erhalten müssten.²⁶² Darüber hinaus wurden Kostenvorteile für Arbeitgeber/innen reduziert, da Freie Dienstnehmer/innen ab 2008 sowohl in die Arbeitslosenversicherung, in die „Abfertigung NEU“ als auch in die Insolvenzentsicherung einbezogen wurden.

Vollzeit-Arbeitsvolumen geringer als 2008

Ein Jahresvergleich zwischen 2008 und 2015 zum Gesamtausmaß des Arbeitsvolumens, das sind die insgesamt geleisteten Arbeitsstunden unselbstständig Beschäftigter, bestätigt die Tendenz zur Teilzeit in Österreich und zeigt darüber hinaus einen Trend zur Reduktion geleisteter Überstunden. In der Gesamtbetrachtung hat das Arbeitsvolumen unselbstständig Beschäftigter, Selbstständiger und Mithelfender²⁶³ seit 2008 um 5% abgenommen.²⁶⁴

²⁵⁸ monatliche „Geringfügigkeitsgrenze“ 2016: 415,72 EUR

²⁵⁹ vgl. Riesenfelder, Andreas u.a.: *Geringfügige Beschäftigung in Österreich; Sozialpolitische Studienreihe – Band 9*, Wien 2011, S. 58

²⁶⁰ Durchschnitt Jänner bis Oktober 2015 (Quelle: AMS DWH)

²⁶¹ vgl. www.help.gv.at > Suchbegriff: Neue Selbstständige

²⁶² vgl. Kainrath, Verena: *Frei, billig, ungeschützt*; in: *Der Standard* vom 31. Juli 2013, S. 17

²⁶³ Das sind z.B. Familienangehörige, die in einem Familienbetrieb mitarbeiten.

²⁶⁴ Diese Daten beruhen auf der Arbeitskräfteerhebung nach dem Inländerkonzept; werden Daten aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung herangezogen, die auch jene steigende Anzahl ausländischer Beschäftigter berücksichtigt, die im Ausland wohnen (Einpendler/innen), ergibt sich ein Anstieg beim Arbeitsvolumen (nähere Informationen dazu siehe Kapitel 16 „Verteilung der Arbeitszeit“ im Abschnitt 16.1).

Tabelle 5: Arbeitsvolumen der Erwerbstätigen in der Haupttätigkeit, insgesamt; Summe in Mio. Stunden

	Insgesamt ¹		Unselbstständige				darunter	
	2015	Veränd. in % zu 2008	Vollzeit		Teilzeit		Überstunden	
			2015	Veränd. in % zu 2008	2015	Veränd. in % zu 2008	2015	Veränd. in % zu 2008
Insgesamt	6.654,3	-5,0%	4.668,2	-7,6%	929,0	+22,9%	253,0	-27,2%
Industrie und Gewerbe²	1.837,5	-4,5%	1.583,1	-6,3%	107,9	+22,6%	72,3	-30,1%
Herstellung von Waren	1.139,2	-0,4%	1.004,9	-1,0%	71,9	+28,7%	45,3	-24,5%
Bau	598,2	-12,2%	485,5	-16,7%	30,0	+8,1%	22,2	-39,5%
Dienstleistungen²	4.437,3	-3,8%	3.042,7	-8,2%	812,4	+22,5%	179,0	-25,6%
Handel, Instandhaltung	921,6	-15,4%	614,5	-19,5%	189,4	+6,2%	31,5	-37,4%
Verkehr und Lagerei	359,6	-5,0%	302,2	-7,8%	26,1	+31,0%	19,2	-31,1%
Beherbergung u. Gastronomie	384,9	-14,7%	222,0	-16,7%	72,4	+28,0%	12,8	-38,5%
Öffentliche Verwaltung	470,5	-2,0%	409,7	-3,7%	60,9	+11,3%	25,7	-21,3%
Gesundheits- und Sozialwesen	577,9	+7,4%	349,4	-5,2%	175,7	+39,4%	20,9	-17,6%
bei Leiharbeitsfirma angestellt³	122,2	+5,2%	104,8	+2,7%	17,4	+22,5%	4,0	-29,0%

Quelle: Statistik Austria

¹ Mit Ausnahme der Kategorie „bei Leiharbeitsfirma angestellt“ enthalten die Werte auch das Arbeitsvolumen Selbstständiger/Mithelfender.

² Die jeweiligen Unterkategorien stellen eine unvollständige Auswahl dar.

³ Angestellte bei Leiharbeitsfirmen scheinen auch als Teilmenge in den anderen Kategorien auf.

Bei den unselbstständig Beschäftigten spiegelt sich die zuvor beschriebene Beschäftigungsentwicklung (siehe Tabelle 5): Während seit 2008 das Vollzeit-Arbeitsvolumen um 7,6% abgenommen hat, hat jenes der Teilzeit-Beschäftigten im selben Zeitraum um 22,9% zugenommen. Der Vollzeit-Rückgang war im Vergleichszeitraum am stärksten in den Branchen „Handel und Instandhaltung“ (-19,5%) sowie „Be-

herbergung und Gastronomie“ und „Bau“ (jeweils 16,7%).

Die Teilzeit nahm zwischen 2008 und 2015 wiederum in den Branchen „Verkehr und Lagerei“ (+31%), „Herstellung von Waren“ (+28,7%) sowie „Beherbergung und Gastronomie“ (+28%) am deutlichsten zu. Der über alle Branchen relativ gleichmäßig verteilte Überstunden-

Rückgang von insgesamt 27,2% weist zudem darauf hin, dass der Wegfall regulärer Vollzeit-Arbeitsverhältnisse nicht mit Hilfe einer zunehmenden Inanspruchnahme von (bezahlten) Überstunden kompensiert wurde.

Während bei den Männern die Teilzeit-Zunahme in der Branche „Dienstleistungen“ im Beobachtungszeitraum am stärksten ausgeprägt war (+54,9%), zeigte sich dieser bei Frauen im Bereich „Industrie und Gewerbe“ mit 20,4%. Die Vollzeit-Volumina gingen sowohl bei den Männern als auch bei den Frauen bei den Dienstleistungen am stärksten zurück (-8,3% bzw. 7,9%).

17.3 Einkommensentwicklungen seit Krisenbeginn

Diese schwierige Arbeitsmarktlage wirkt sich vor allem auch auf die Verteilung der unselbstständigen Einkommen aus. Die personellen (also individuellen) Einkommen verzeichneten aufgrund der zunehmenden Arbeitslosigkeit sowie steigenden Teilzeit-Beschäftigung v.a. in den unteren Einkommensgruppen Rückgänge, da vermehrt niedrige (personelle) Jahreseinkommen

lukriert wurden. Diese Verluste konnten auf Ebene der Gesamteinkommen der Haushalte noch bis vor kurzem – v.a. auch durch die wachsende (Teilzeit-)Erwerbsbeteiligung der Frauen – weitgehend abgedeckt werden.

17.3.1 Reallohnverluste bei den unteren Personeneinkommen

Die in Tabelle 6 dargestellte Entwicklung der Bruttojahreseinkommen zwischen 2008 und 2014 zeigt einerseits deutlich, dass die Zuwächse des unteren Einkommensviertels – aber auch des Medianeinkommens – deutlich unter der Inflation für diesen Zeitraum liegen (lag insgesamt bei 12,2%²⁶⁵), womit hier Reallohnverluste bestehen. Allerdings spiegelt diese Entwicklung vielmehr bereits behandelte (strukturelle) Änderungen auf dem Arbeitsmarkt wider, nämlich die Zunahme der Teilzeit sowie nichtganzzähriger Beschäftigung aufgrund von gestiegener Arbeitslosigkeit. Daher befinden sich im unteren Einkommensviertel nur noch wenige Vollzeitbeschäftigte. Diese Entwicklungen werden eingehend im Kapitel 13 „Entwicklung und Verteilung der Einkommen“ im Abschnitt 13.4.1 behandelt.

Tabelle 6: Entwicklung der Bruttojahreseinkommen¹ (unselbstständig Erwerbstätige) 2008-2014, in EUR

	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	Veränderung 2008-14 in %
Unterstes Einkommensviertel²	11.375	11.237	11.213	11.087	11.227	11.283	11.497	+1,1%
Medianeinkommen³	24.253	24.449	24.516	24.843	25.373	25.767	26.273	+8,3%
Dritthöchstes Einkommensviertel⁴	37.102	37.601	37.974	38.470	39.450	40.155	40.840	+10,1%

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerdaten

¹ ohne Lehrlinge

² 1. Quartil: 25% der Bevölkerung verfügen über ein Bruttojahreseinkommen unter diesen Grenzwerten.

³ 2. Quartil: Anzahl der Einkommensbezieher/innen über und unter diesen Grenzwerten ist gleich groß

⁴ 3. Quartil: 75% der Bevölkerung erzielen Bruttojahreseinkommen unter diesen Grenzwerten.

²⁶⁵ lt. Wertsicherungsrechner von Statistik Austria: www.statistik.at/Indexrechner/Controller (VPI 2005)

Um die Entwicklung der Bruttojahreseinkommen unabhängig von diesen Faktoren beschreiben zu können, ist es naheliegend, sich nur auf die Einkommen von Vollzeitbeschäftigten zu konzentrieren. Damit be-

schränkt man sich zwar nur auf einen Ausschnitt der Einkommenswirklichkeit, dieser sollte aber jedenfalls inflationsbereinigt ein „Auskommen mit dem Einkommen“ ermöglichen.

Tabelle 7: Entwicklung der Bruttojahreseinkommen¹ ganzjährig Vollzeitbeschäftigter 2008 und 2014, in EUR

	2008			2014			Veränderung 2008-14 in %		
	1. Quartil ²	Median	3. Quartil ³	1. Quartil ²	Median	3. Quartil ³	1. Quartil ²	Median	3. Quartil ³
Unselbstständig Erwerbstätige	25.993	34.173	47.469	29.689	38.956	54.232	+14,2%	+14,0%	+14,2%
Frauen	21.692	29.183	40.295	25.508	34.092	47.096	+17,6%	+16,8%	+16,9%
Männer	28.649	36.893	51.535	32.111	41.556	58.090	+12,1%	+12,6%	+12,7%
Arbeiter/innen	22.075	27.860	34.187	24.895	31.347	38.400	+12,8%	+12,5%	+12,3%
Frauen	16.630	20.103	24.451	19.440	23.209	28.309	+16,9%	+15,5%	+15,8%
Männer	24.870	29.899	35.948	27.622	33.325	40.043	+11,1%	+11,5%	+11,4%
Angestellte	28.234	38.970	56.243	32.804	45.202	64.704	+16,2%	+16,0%	+15,0%
Vertragsbedienstete	27.472	33.211	41.950	31.837	38.237	49.445	+15,9%	+15,1%	+17,9%
Beamtinnen/Beamten	38.190	47.614	58.492	43.905	54.254	65.971	+15,0%	+13,9%	+12,8%

Quelle: Statistik Austria, Lohnsteuerdaten

¹ ohne Lehrlinge

² 25% der Bevölkerung verfügen über ein Bruttojahreseinkommen unter diesen Grenzwerten.

³ 75% der Bevölkerung erzielen Bruttojahreseinkommen unter diesen Grenzwerten.

In Tabelle 7 werden daher die Einkommensviertel ganzjährig Vollzeitbeschäftigter für 2008 und 2014 auch nach sozialrechtlicher Stellung dargestellt. Hier zeigt sich, dass sich Veränderungen in beinahe allen Kategorien relativ deutlich über der Inflationsentwicklung von 12,2% befinden:

In der Gesamtbetrachtung der unselbstständig Erwerbstätigen verzeichnen die Frauen²⁶⁶ im untersten Viertel der Einkommensverteilung mit 17,6% die höchsten Zuwächse. In diesem Zusammenhang ist erwähnenswert, dass sich die Beschäftigungsquote der Frauen im selben Zeitraum ebenfalls deutlich erhöht hat, nämlich um 2,5 Prozentpunkte auf 70,1% (hierbei

²⁶⁶ Anteil der erwerbstätigen Frauen im Alter zwischen 20 und 64 Jahren (gemäß EU-Arbeitskräfteerhebung) an der gesamten weiblichen Bevölkerung derselben Altersgruppe (Eurostat-Definition)

spielen auch Generationeneffekte eine Rolle). Jene der Männer ist von 2008 bis 2014 hingegen um 1,8 Prozentpunkte auf 78,3% gesunken.

Bei näherer Betrachtung dieser Entwicklung nach beruflichen Kategorien wird deutlich, dass die verhaltene Gesamtentwicklung der Einkommen ganzjährig Vollzeitbeschäftigter Männer an den Reallohnverlusten von Arbeitern in allen drei untersuchten Einkommensvierteln liegt: Bei den männlichen Arbeitern liegt die günstigste Entwicklung beim Medianeinkommen, das sich allerdings zwischen 2008 und 2014 auch nur um 11,5% erhöht hat; sie befindet sich demnach 0,7 Prozentpunkte unter der Preissteigerung dieses Zeitraums; den geringsten Zuwachs erzielte das unterste Einkommensviertel männlicher Arbeiter mit nur 11,1%.

Dessen ungeachtet besteht bei den ganzjährig Vollzeitbeschäftigten (lt. Statistik Austria) eine deutliche geschlechtsspezifische Einkommensdifferenz in Bezug auf die Bruttojahreseinkommen, da Frauen 2014 im Durchschnitt 18% weniger als Männer verdienen. Dieser Wert ist allerdings rückläufig und hat im Jahr 2008 noch 20,9% betragen.²⁶⁷

Deutlich überdurchschnittliche Einkommensentwicklungen sind bei den ganzjährig vollzeitbeschäftigten Angestellten sowie bei den öffentlich Bediensteten zu beobachten.

17.3.2 Entwicklung der Haushaltseinkommen weitgehend stabil

Auf Haushaltsebene werden zum einen die Einkommen aller gemeinsam lebenden Personen berücksichtigt, weshalb auch die gemeinsame finanzielle Situation abgebildet werden kann; darüber hinaus zeigt sich hier auch die Wirkung der sozialstaatlichen Leistungen, da diese je nach Haushaltskonstellation und Lebenssituation ihrer Mitglieder gewährt werden. Eine umfassende Beschreibung der öffentlichen Umverteilungswirkungen auf Haushaltsebene befindet sich im Kapitel 15 „Ein Vergleich der monetären Einkommensumverteilung 2010 und 2015“.

Ein Vergleich des „verfügbaren Haushaltseinkommens“ ermöglicht daher eine „realistischere“ Abbildung der Entwicklungen des monetären Lebensstandards, da nicht nur die Erwerbseinkommen, sondern auch allfällige Sozialleistungen (nämlich Geldleistungen), Pensionen, Kapitalerträge sowie auch Unterhaltsleistungen und etwaige Privattransfers zwischen Haushalten ihre Berücksichtigung finden.

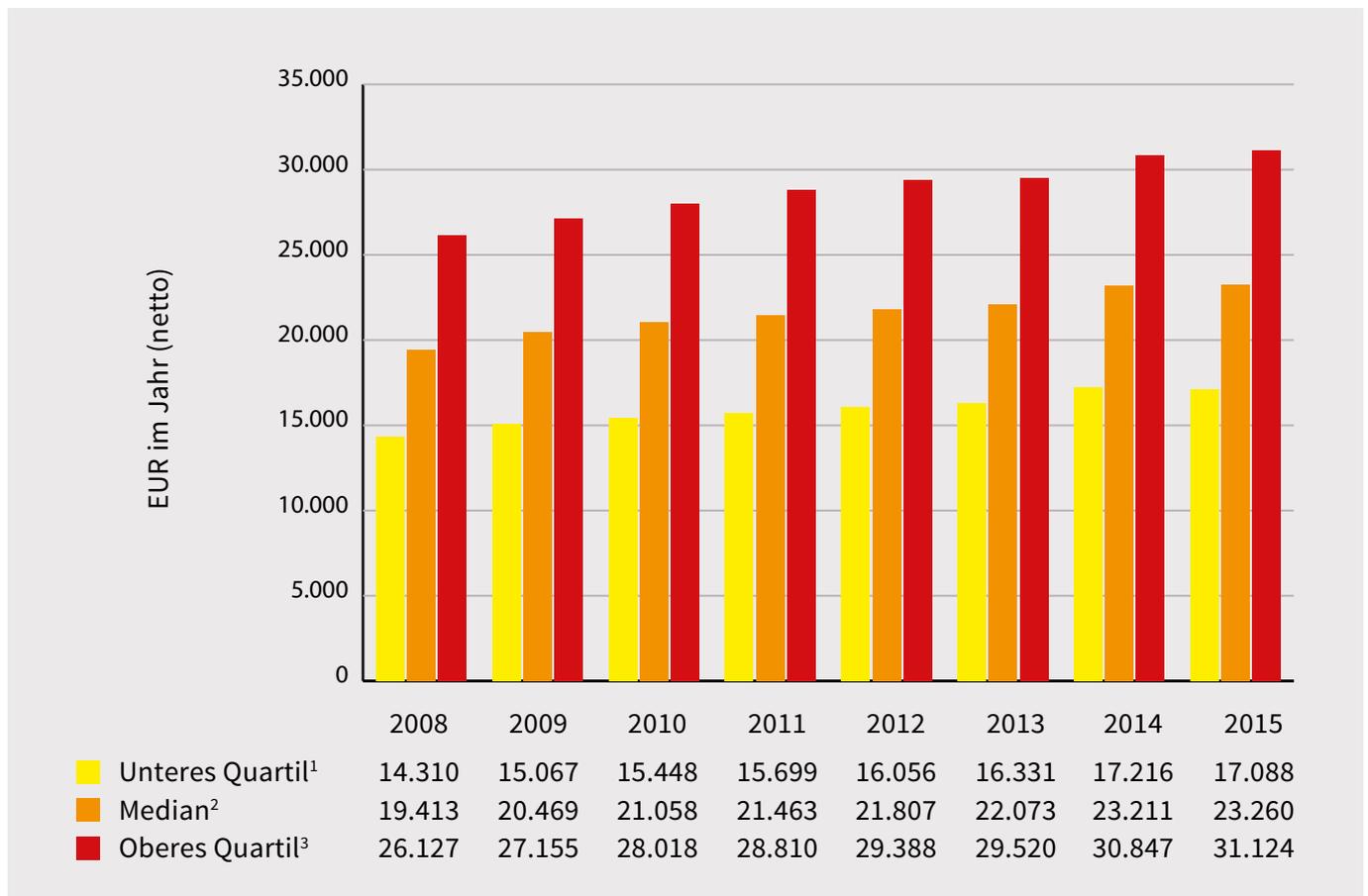
Des Weiteren werden auch die Steuer- und Sozialversicherungsabgaben abgezogen, wodurch ein Nettohaushaltseinkommen dargestellt werden kann. Auf Grundlage der unterschiedlichen Konsumbedürfnisse je nach Haushaltszusammensetzung wird ein vergleichbares Pro-Kopf-Nettohaushaltseinkommen errechnet. Als Datengrundlage wird die Erhebung EU-SILC²⁶⁸ herangezogen.²⁶⁹

²⁶⁷ Der EU-Vergleiche herangezogene „Gender-Pay-Gap“ basiert auf den durchschnittlichen Bruttostundenverdiensten der unselbstständig Beschäftigten in der Privatwirtschaft und betrug 2014 22,2% (EU-Durchschnitt: 16,7%); auch dieser Wert hat sich seit 2008 signifikant um 2,9 Prozentpunkte verringert. (Quelle: Eurostat)

²⁶⁸ **European Union Statistics on Income and Living Conditions**

²⁶⁹ Nähere Informationen zu EU-SILC sowie zur Berechnung des äquivalisierten Pro-Kopf-Haushaltseinkommens siehe Kapitel 12 „Lebensbedingungen, Armut und Einkommen in Österreich“ (v.a. Abschnitt 12.1).

Grafik 7: Entwicklung der Pro-Kopf-Nettohaushaltseinkommen (äquivalisiert) 2008-2015, in EUR



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC

¹ unteres Quartil: Grenze zwischen dem ersten und zweiten Einkommensviertel

² Median: Bei Reihung der Einkommen der Größe nach befindet sich dieser Wert genau in der Mitte

³ oberes Quartil: Grenze zwischen dem dritten und vierten Einkommensviertel; oberhalb befindet sich das höchste Einkommensviertel

Die krisenbedingten Einkommensverluste aus der steigenden Arbeitslosigkeit konnten auf Haushaltsebene über lange Zeit zumindest teilweise gelindert werden: Über den gesamten Zeitverlauf zeigen sich in allen dargestellten Einkommensquartilen sowie beim Median (= 2. Quartil) deutlich über der Inflation liegende Veränderungen von über 19%. Daran kann abgelesen werden, dass nicht zuletzt auch die Leistungen des Sozialstaats (u.a. auch die Arbeitslosenversicherungsleistungen) auf Ebene der Haushalte stabilisierend wirkten.

Zuletzt rückläufige Tendenz bei den niedrigen Einkommen

Allerdings ist zuletzt zwischen 2014 und 2015 beim untersten Einkommensviertel erstmals seit 2008 ein geringfügiger Rückgang um 0,7% (oder -128 EUR) festzustellen, während beim Median sowie beim oberen Einkommensviertel zumindest leichte Zuwächse erfolgt sind. Parallel zu dieser Entwicklung hat sich in dieser Periode die Zunahme der Arbeitslosigkeit verschärft; ein Zeichen dafür, dass auch die ausgleichenden Effekte bei den Haushaltseinkommen an ihre Grenzen stoßen.

Tabelle 8: Veränderungen beim (äquivalisierten) Pro-Kopf-Nettohaushaltseinkommen von 2014-2015

	1. Quartil	Median	3. Quartil
Insgesamt	-0,7%	0,2%	0,9%
Männer:			
20-39 Jahre	-4,7%	-1,3%	-1,4%
40-64 Jahre	-0,1%	0,2%	-0,3%
65 Jahre +	1,0%	2,7%	1,2%
Frauen:			
20-39 Jahre	0,7%	-1,9%	-1,9%
40-64 Jahre	1,6%	0,6%	-0,7%
65 Jahre +	1,0%	2,5%	0,7%

Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2014 und 2015

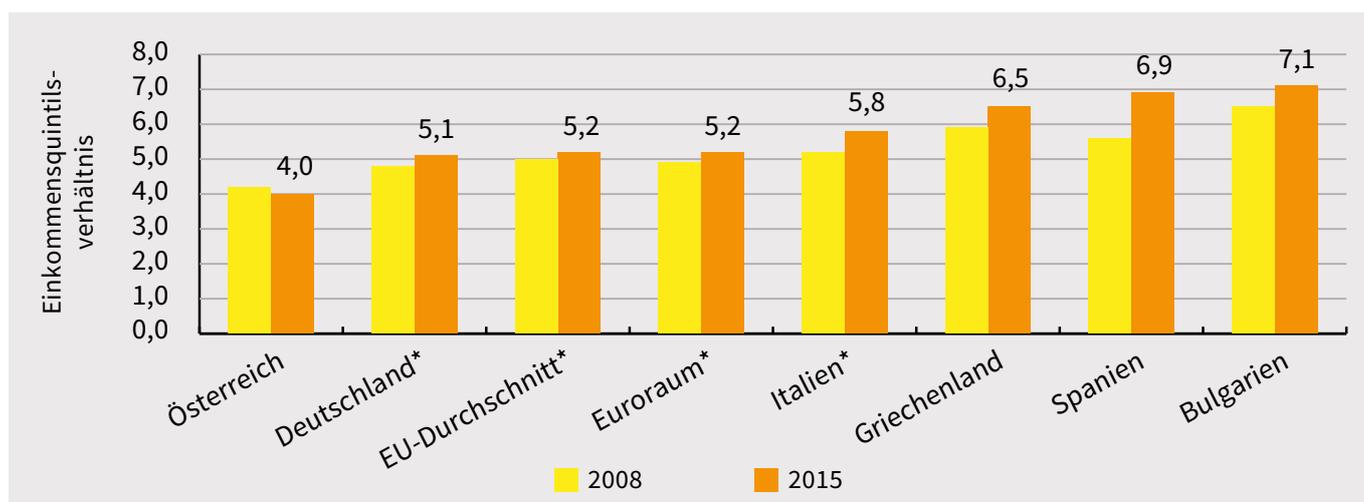
Bei näherer Betrachtung fällt auf, dass dieser Rückgang vor allem junge Menschen zwischen 20 und 39 Jahren - und im Niedrigeinkommensbereich v.a. junge Männer - betraf: Hier zeigen sich zuletzt reale Einkommensverluste.²⁷⁰ Ein weiterer Hinweis auf die in Abschnitt 2.1 getroffene Aussage, dass die Bevölkerung mit auslän-

discher Staatsbürgerschaft in einem stärkeren Ausmaß vom Anstieg der Arbeitslosigkeit betroffen ist, zeigt sich auch bei der letztverfügbaren Entwicklung des Nettohaushaltseinkommens: Während Personen mit österreichischer Staatsbürgerschaft zwischen 2014 und 2015 auch im untersten Einkommensviertel insgesamt einen Zuwachs von zumindest rd. 0,3% auf jährlich 18.354 EUR lukrieren konnten, nahm dieser Wert im selben Zeitraum bei Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft um rd. 3% ab und lag 2015 bei 11.774 EUR.

17.3.3 Kein genereller Anstieg der Einkommensungleichheit seit 2008

Eine Möglichkeit, europaweit vergleichbare Daten zur Einkommensungleichheit darzustellen, besteht im sogenannten „Einkommensquintilsverhältnis“: Darunter ist jener Wert zu verstehen, der das Verhältnis des Gesamteinkommens jener 20% der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen (oberes Einkommensfünftel od. -quintil) zum Gesamteinkommen jener 20% mit dem niedrigsten Einkommen (unteres Einkommensfünftel) beschreibt.

Grafik 8: Ungleichheit der Einkommensverteilung (Einkommensquintilsverhältnis), Vergleich ausgewählter EU-Staaten, 2008-2015



Quelle: Eurostat, EU-SILC; * letztverfügbarer Wert

²⁷⁰ Diese werden wiederum auch von der jeweiligen Haushaltszusammensetzung beeinflusst.

Steigt dieser Wert, passt das Gesamteinkommen des „untersten Fünftels“ demzufolge häufiger in das „oberste Fünftel“, was ein stärkeres Ungleichverhältnis widerspiegelt. Hier wird wiederum das mit Hilfe der Erhebung EU-SILC errechnete verfügbare Äquivalenzeinkommen herangezogen (siehe Abschnitt 3.2).

Seit dem Jahr 2008 kann in Österreich aus dieser Perspektive eine weitgehend konstante Entwicklung der Einkommensverteilung festgestellt werden: Der Wert verringerte sich bis zum Jahr 2015 sogar geringfügig um 0,2 Punkte auf 4,0.

Auch im internationalen Vergleich zeigt sich, dass in Österreich dieser Wert vergleichsweise niedrig ist und sich die Einkommensverteilung auf Basis dieses Verhältnisses ausgewogener darstellt: Nicht nur der EU-Durchschnittswert sowie jener für Deutschland liegen um rd. einen Punkt höher, auch Spitzenwerte 2015 wie in Spanien (6,9) oder Rumänien (8,3) sowie ungünstige Entwicklungen in einigen EU-Staaten seit 2008 zeigen, dass sich die Situation in Österreich – aus dieser Perspektive – vergleichsweise günstig abbildet.

Allerdings ist an dieser Stelle hinzuzufügen, dass diese Zahlen keine Aussagen zu den Entwicklungen an den „extremen“ Rändern der Verteilung ermöglichen: Eine wichtige Perspektive besteht nämlich darin, wie sich die Spitzeneinkommen im Vergleich zu den geringe(re)n Einkommen entwickeln und ob der Anteil der höchsten Einkommen am Gesamteinkommen zu- oder abnimmt. Ergebnisse dazu (sowie weitere Details) sind im Kapitel 13 „Entwicklung und Verteilung der Einkommen“ zu finden.

In diesem Beitrag wird darüber hinaus darauf hingewiesen, dass bei der Untersuchung der Einkommensungleichheit vor allem auch die Wahl der untersuchten Einkommenskomponenten ausschlaggebend ist: Wie bereits dargestellt, ergibt die Verteilungsbetrachtung der verfügbaren Haushaltseinkommen auf Grundlage der Erwerbs- und Pensionseinkommen sowie der Sozialleistungen und geleisteten Abgaben eine im internationalen Vergleich relativ geringe Ungleichverteilung. Bei diesen Einkommensdaten sind Vermögens- und Kapitalerträge jedoch nur teilweise erfasst (vor allem hohe Kapitaleinkommen sind untererfasst). Bei Erweiterung der Perspektive auf alle Kapitaleinkommen mit Hilfe der Erhebung HFCS²⁷¹ wird ein weitaus unausgewogeneres Bild sichtbar, wenngleich die Datenlage noch immer unzureichend ist (siehe auch Kapitel 14 „Zur Mitte in Österreich“).

17.3.4 Krisenbedingter Bruch bei der funktionalen Einkommensverteilung

In diesem Zusammenhang ist auch die Aufteilung des Volkseinkommens²⁷² relevant, nämlich einerseits in den Anteil der Arbeitnehmer/innen-Entgelte und andererseits in jenen der Unternehmens- und Vermögenserträge („funktionelle Einkommensverteilung“). Die Lohnquote misst den Anteil der Gesamteinkommen aus unselbstständiger Beschäftigung am gesamten Volkseinkommen. Diese Kennzahl zeigt seit der Krise eine andere Entwicklung als im langfristigen Verlauf: Wie auch im Abschnitt 13.2 des Kapitels zur Einkommensverteilung dargestellt, hat sich seit 2008 die bereits seit Jahrzehnten rückläufige bereinigte Lohnquote um 5,1 Prozentpunkte auf 69,5% im Jahr 2015 erhöht. Diese Entwicklung spiegelt zum einen die seit der Krise zum Teil verhaltene Entwicklung der Unternehmens- und Vermögenseinkommen wider, ist aber

²⁷¹ Household Finance and Consumption Survey (www.hfcs.at)

²⁷² Das Volkseinkommen ist die Summe der Arbeitnehmer/innenentgelte sowie Unternehmens- und Vermögenseinkommen, die Inländer/innen (Institutionen und Personen, die ihren ständigen Sitz bzw. Wohnsitz im Inland haben) zugeflossen sind. (Quelle: Gabler Wirtschaftslexikon)

auch Ausdruck einer relativ stabilen Lohnentwicklung seit der Krise. Diese kann auch an den Lohnstückkosten abgelesen werden, die in Österreich seit 2008 insgesamt über dem EU-Durchschnitt gestiegen sind. Die Lohnstückkosten zeigen die Entwicklung der Kosten für Löhne und Gehälter im Vergleich zur gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsentwicklung²⁷³.

Während stark steigende Lohnstückkosten einerseits mit Nachteilen für die Wettbewerbsfähigkeit eines Landes in Verbindung gebracht werden, würden deutlich fallende Lohnstückkosten in wirtschaftlich schwierigen Zeiten vor allem auf reale Einkommensverluste bzw. auf eine (zu) verhaltene Lohnpolitik hinweisen:

Tabelle 9: Reale Entwicklung der nominalen Lohnstückkosten (Index: 2005 = 100)

	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013
Österreich	99,2	98,4	100,3	103,7	102,5	101,2	102,5	103,4
Euroraum*	98,9	97,9	99,6	102,9	101,4	101,0	101,6	101,3
EU-28	98,9	98,0	99,0	102,2	100,7	100,0	100,7	100,3
Deutschland	97,7	95,4	96,8	101,0	98,9	98,7	100,3	100,1

Quelle: Eurostat; *18 Länder

Während vor 2008 die Lohnstückkosten noch sanken, erfolgte vor allem 2008/09 ein im Vergleich zu den EU- und Euroraum-Staaten stärkerer Anstieg, wobei hier auch die krisenbedingt geringere Produktivitätsentwicklung eine Rolle spielt. Aber auch die jährlichen Veränderungen der letzten Jahre 2014 (+2,1%) und 2015 (+1,5%) lagen deutlich über dem EU- und Euroraum-Durchschnitt und gleichauf mit Deutschland.

Im Zusammenhang mit der Lohnpolitik ist auch der Anteil der Niedriglohnbeziehenden von Bedeutung²⁷⁴. Ein diesbezüglicher Indikator misst jene Beschäftigten in Österreich, welche weniger als zwei Drittel des Medianstundenlohnes erhalten. Dieser Anteil ist bei der Gesamtbevölkerung zwischen 2008 und 2015 insgesamt leicht von 15,1% auf 14,3% gesunken – allerdings zeigt

sich auch hier zuletzt eine Eintrübung: 2015 kam es im Vergleich zum Vorjahr zu einem deutlichen Anstieg um 1,6 Prozentpunkte.

Diese Kennzahl beschreibt darüber hinaus, dass die im nächsten Kapitel näher behandelte Bevölkerungsgruppe der Armuts- oder Ausgrenzungsgefährdeten einerseits einen mehr als doppelt so großen Anteil von Niedriglohnbeziehenden auf sich vereint und dieser zuletzt (zwischen 2014 und 2015) auch mit 6,1 Prozentpunkten überdurchschnittlich angestiegen ist.²⁷⁵ Diese Entwicklung deckt sich mit der zuletzt steigenden Arbeitslosigkeit, welche insbesondere die Situation armuts- oder ausgrenzungsgefährdeter Personen weiter verschärft.

²⁷³ reale Veränderung des Bruttoinlandsprodukts siehe Abschnitt 17.1.1

²⁷⁴ vgl. *Eingliederungsindikatoren 2015 – Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich; Studie der Statistik Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz; Wien, September 2016; S. 37*

²⁷⁵ vgl. *ebenda*

17.4 Armuts- und Ausgrenzungsgefährdung: Rückgang trotz Krise

Wie auch im Kapitel 12 „Lebensbedingungen, Armut und Einkommen“ (siehe Abschnitt 12.2) dargestellt, hat sich die Zielgruppe für Armutsbekämpfung der EU-Strategie „Europa 2020“ seit dem Jahr 2008 bis 2015 um etwa 147.000 Menschen verringert. Österreichs nationales Ziel, dass sich bis 2020 mindestens 235.000 weniger Personen in den gemessenen Armutslagen befinden, wurde daher erfreulicherweise bereits 2015 zu über 60% erfüllt.

Allerdings ist es wichtig, diese insgesamt günstige Entwicklung differenziert zu betrachten: Diese Zielgruppe aus drei unterschiedlich definierten armutsbezogenen Ausprägungen, wovon zwei rückläufig sind (Einkommensarmut sowie Leistbarkeit von bestimmten Aufwendungen)²⁷⁶. Die dritte Teilgruppe der Personen in Haushalten mit keiner oder sehr geringer tatsächlicher Erwerbstätigkeit ist seit 2008 angestiegen, um etwa 54.000 Personen – vor allem zwischen 2013 und 2014. Dieser Anstieg wurde zwar von den günstigen rückläufigen Entwicklungen bei den beiden anderen Ausprägungen von Armut- und sozialer Ausgrenzung mehr als wettgemacht, dennoch spiegeln sich auch hier negative arbeitsmarktbezogene Einflüsse wider. Der Anteil der Gruppe mit keiner oder geringer Erwerbseinbindung an der gesamten Zielgruppe vergrößerte sich seit 2008, nämlich um 6,1 Prozentpunkte auf 33,9%.

Allerdings waren 2015 in etwa 235.000 Personen allein von dieser erwerbsbezogenen Problemlage betroffen, ohne ein anderes Merkmal dieser Zielgruppe aufzuweisen. Dies zeigt zum einen, dass die automatischen

Stabilisatoren des Sozialstaats (v.a. die Arbeitslosenversicherungsleistungen)²⁷⁷ über Krisenzeiten armutsvermeidend wirken, zum anderen wird hier deutlich, dass eine Besserung der Arbeitsmarktlage hohes Potenzial für die Erreichung des EU-Armutsreduktionsziel freisetzen würde.

17.4.1 Rückläufige Einkommensarmut seit 2008

Die Armutsgefährdungsquote ist die bekannteste Kennzahl für relative Einkommensarmut. Sie erfasst die Anzahl an Personen, die über weniger als 60% des mittleren nationalen Pro-Kopf-Haushaltseinkommens (Medianeinkommen) verfügen²⁷⁸. Armutsgefährdet waren nach dieser Definition 2015 rd. 1,2 Mio. Personen oder 13,9% und damit um ca. 74.000 Personen (oder 1,3 Prozentpunkte) weniger als vor der Krise im Jahr 2008. Die Sozialleistungen reduzierten die Armutsgefährdung in Österreich 2015 um rd. 46%; seit 2008 hat dieser Effekt um etwa 5 Prozentpunkte zugenommen.

Je nachdem wie sich das Medianeinkommen in Österreich entwickelt, ändert sich auch die sogenannte Armutsgefährdungsschwelle – jene monetäre Grenze also, die von Einkommensbeziehenden überschritten werden muss, um keiner Armutsgefährdung ausgesetzt zu sein. Daher bildet die Armutsgefährdungsquote zugleich auch immer Änderungen bei der Einkommensverteilung ab.

Gerade die Wirtschafts- und Finanzkrise führte – zumindest kurzfristig – zu Änderungen bei der Einkommensverteilung, daher ist es gerade in diesem Zusammenhang interessant, wie sich die Zahl der armutsgefährdeten Personen entwickelt hätte, wenn die Armutsgefährdungsschwelle vom Jahr vor der Krise

²⁷⁶ siehe Indikatoren „Armutsgefährdung“ und „Materielle Deprivation“

²⁷⁷ Arbeitslosengeld, Notstandshilfe

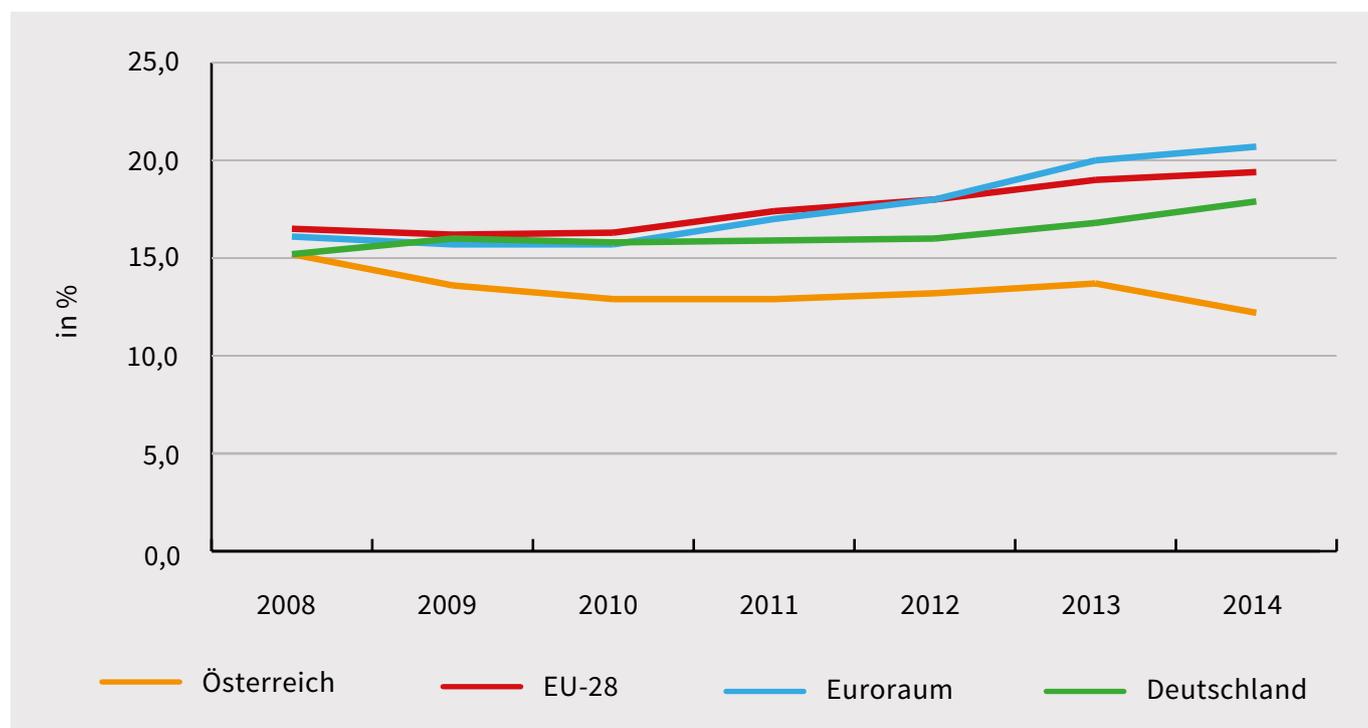
²⁷⁸ genaue Definition siehe Kapitel 12 „Lebensbedingungen, Armut und Einkommen“ (Abschnitt 12.2)

herangezogen und für die Folgejahre nur inflationsangepasst wird. Diese „im Basisjahr 2008 verankerte Armutsgefährdungsquote“ zeigt, dass in diesem Fall die Armutsgefährdungsquote noch stärker rückläufig wäre – nämlich um 2,6 Prozentpunkte auf 12,6%.

Das bedeutet, dass trotz des in Wirklichkeit höheren Anstiegs der Armutsgefährdungsschwelle ein Teil der Betroffenen Einkommenszuwächse deutlich über der Inflation lukrieren konnten – und somit die Armutsgrenze überschritten haben. Dass diese günstige Ent-

wicklung im Bereich der Einkommensarmut nicht EU-weit vorliegt, zeigen die gegenteiligen Trends in Bezug auf den EU-Durchschnitt oder auch beispielsweise in Deutschland: Während 2008 mit einer Armutsgefährdungsquote von 15,2% exakt dieselbe Ausgangslage vorlag, nahm die im Jahr 2008 verankerte Quote in Österreich bis 2014²⁷⁹ deutlich ab (12,2%), während sich jene in Deutschland im selben Zeitraum auf 17,9% erhöhte. Auch die Durchschnittswerte der EU und des Euroraums weisen steigende verankerte Armutsquoten auf.

Grafik 9: Armutsgefährdungsquote verankert im Basisjahr 2008 – Österreich im Vergleich



Quelle: Eurostat

17.4.2 „Working Poor“ nach Altersgruppen im EU-Vergleich

Mit Hilfe der Arbeits-Armutsgefährdungsquote wird der Anteil jener Erwerbstätigen dargestellt, die trotz Arbeit nur ein Einkommen unter der Armutsgefähr-

dungsschwelle erlangen. Da die Einkommen auch hier auf Basis der Erhebung EU-SILC herangezogen werden, spielt wiederum auch die jeweilige Haushaltskonstellation eine wichtige Rolle. Je größer die Familie bzw. der Haushalt ist, desto höher muss das Gesamt-

²⁷⁹ letztverfügbare vergleichbare Daten

einkommen sein, um nicht als „arm trotz Arbeit“ zu gelten.

In Österreich lag der Anteil der „Working Poor“ der 18- bis 64-Jährigen an den gesamten Erwerbstätigen im Vorjahresjahr 2008 bei 8,5% und damit exakt im EU-Durchschnitt. Bis zum Jahr 2015 sank die Quote bis 2015 auf 7,8%, womit in Österreich ein gegenläufiger Trend zum EU-Durchschnitt vorlag – dieser lag 2015 um 1,8 Prozentpunkte höher bei 9,6% (letzter verfügbarer Vergleichswert). Diese Gesamtbetrachtung schildert demnach eine vergleichsweise günstigere und rückläufige Entwicklung im Bereich „Armut trotz Arbeit“ in Österreich.

Setzt man den Fokus hingegen auf die Altersgruppe der jungen Erwerbstätigen zwischen 20 und 29 Jahren, zeigt sich ein ungleiches Bild: Hier liegt das Niveau in Österreich bereits 2008 mit 9,6% über dem EU-Durchschnitt (8,6%); dieser Abstand vergrößert sich danach in den Jahren 2012 und 2014. In der Gesamtbetrachtung kommt es bis 2015 jedoch wieder zu einer Annäherung an den EU-Wert (bei rd. 10%).

Eine geschlechtsspezifische Betrachtung bei diesen jungen „Working Poor“ weist darauf hin, dass bei den

jungen Männern im verfügbaren Vergleichszeitraum ab 2012 (mit einem Höchstwert in diesem Jahr von 12,9%; siehe Tabelle 10) eine deutliche Verschärfung der Lage eingetreten ist; bei den jungen Frauen kam es im Jahr 2013 mit 12% zu einer fast ebenso starken Betroffenheit. Während diese Werte zwischen 2012 und 2014 teilweise deutlich (bis zu 3,4 Prozentpunkte) über dem jeweiligen EU-Durchschnitt lagen, erfolgte bei beiden Geschlechtern bis 2015 wieder ein leichter Rückgang auf rd. 10% „Working Poor“. Insgesamt ist in Österreich somit seit 2008 in dieser Altersgruppe keine signifikante Verschlechterung bei dieser Problemlage festzustellen.

Es zeigt sich dennoch, dass sich in Österreich unter den jungen Erwerbstätigen zwischen 20 und 29 Jahren ein überdurchschnittlicher Anteil von „Working Poor“ befindet; die EU-Durchschnittswerte in dieser Altersgruppe unterscheiden sich hingegen nicht signifikant von jenen der 18- bis 64-Jährigen Erwerbstätigen. Wenngleich diese Ergebnisse immer auch vor dem Hintergrund der jeweiligen Haushaltszusammensetzung zu deuten sind, ergänzen sie die erwähnten Tendenzen im Bereich der Arbeitslosigkeit bzw. Beschäftigung (Abschnitt 17.2.2) sowie bei der Einkommensentwicklung (Abschnitt 17.3.2).

Tabelle 10: Arbeits-Armutsgefährdungsquote („Working Poor“) 2008 bis 2015: Junge Erwerbstätige zwischen 20 und 29 Jahren

		2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	Veränd. 2008-15 in %-Punkten
Österreich:	Insgesamt	9,6	9,4	8,6	8,9	12,1	11,0	9,2	10,0	+0,4
	Frauen	10,1	9,4	9,1	9,2	11,2	12,0	8,1	10,5	+0,4
	Männer	9,1	9,5	8,1	8,7	12,9	10,3	10,1	9,6	+0,5
EU-Durchschnitt:	Insgesamt	8,6	8,2	8,2	9,4	9,1	9,0	10,3	10,3	+1,7
	Frauen	8,5	7,5	8,0	9,9	8,7	8,2	10,0	9,6	+1,1
	Männer	8,7	8,7	8,3	8,9	9,5	9,7	10,6	10,9	+2,2

Quelle: Eurostat

17.4.3 Kein krisenbedingter Anstieg extremer Armutslagen

Der bereits erwähnte multidimensionale Ansatz der EU-Strategie „Europa 2020“ in Bezug auf die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ermöglicht die Beobachtung von drei unterschiedlichen Gruppen, zwischen welchen Überschneidungen in unterschiedlichen Ausprägungen²⁸⁰ existieren: Mit einer besonders hohen Belastung ist jene Bevölkerungsgruppe konfrontiert, die von allen drei Ausprägungen der Europa 2020-Zielgruppe betroffen ist – also demnach zu niedrige Einkommen bezieht, sich eine zu hohe Anzahl von bestimmten Ausgaben nicht leisten kann und darüber hinaus in einem Haushalt mit sehr geringer oder keiner Erwerbsbeteiligung (z.B. aufgrund von Arbeitslosigkeit, nur geringfügiger Beschäftigung) leben.

Es zeigt sich aber, dass diese Gruppe seit dem Jahr 2008 deutlich kleiner geworden ist, nämlich von rd. 102.000 Personen auf etwa 70.000 Personen im Jahr 2015 – was einem Rückgang von insgesamt 31,4% entspricht.²⁸¹

Einen ähnlichen Ansatz verfolgt der nationale Indikator für soziale Inklusion „Manifeste Armut“, der Mehrfach-Ausgrenzungsgefährdung misst. Dieser erfasst jene Menschen, die von zwei oder drei Ausprägungen der Europa 2020-Zielgruppe betroffen sind: Bei dieser Gruppe zeigt sich seit 2008 im gesamten Zeitraum keine signifikante Veränderung: 2015 waren 4,5% der Bevölkerung manifest arm, das sind etwa 385.000 Personen.²⁸²

Auch wenn man untersucht, welche Personen in zwei aufeinanderfolgenden Jahren von manifester Armut betroffen waren, zeigt sich, dass dieser Anteil an der Gesamtbevölkerung 2009 und 2015 mit 2,9% exakt derselbe ist (mit nur geringfügigen und nicht signifikanten Schwankungen) in den Jahren dazwischen. Allerdings hat seit 2012 der Anteil dieser Personen an der gesamten Europa 2020-Zielgruppe zugenommen.²⁸³

Eine Gruppe stark armutsbetroffener Menschen kann von den diesbezüglichen Erhebungen allerdings nicht ausreichend erfasst werden, nämlich obdachlose Personen. Um für diese extreme Problemlage einen Trend abbilden zu können, wurde der Indikator „Registrierte Wohnungslosigkeit“ entwickelt, welcher v.a. Personen erfasst, die in Einrichtungen für Wohnungslose gemeldet sind.²⁸⁴ Zwischen 2008 und 2013 zeigte sich hier ein deutlich steigender Trend (+41%); danach kam es wiederum zu einem leichten Rückgang um etwa 940 Personen auf insgesamt rund 15.100 „registrierte Wohnungslose“ im Jahr 2015.

17.4.4 Zahlungsstörungen bei Privatkrediten

Eine aufschlussreiche Perspektive und Zusatzinformation im Zusammenhang mit Armut und sozialer Ausgrenzung besteht in den Zahlungsstörungen bei Privatkrediten, da sich hierin auch Brüche in der Leistbarkeit von notwendigen Ausgaben widerspiegeln. Die verfügbaren Daten zeigen, dass ab dem Krisenjahr 2009²⁸⁵ die Zahlungsstörungen fast kontinuierlich angestiegen

²⁸⁰ siehe auch Kapitel 12 „Lebensbedingungen, Armut und Einkommen in Österreich“ (Abschnitt 12.2)

²⁸¹ vgl. *Social Europe: 2016 Annual report of the Social Protection Committee on key social challenges and the results of the Social Protection Performance Monitor (SPPM); Country Profile Austria*, S. 2

²⁸² vgl. *Eingliederungsindikatoren 2015 – Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich; Studie der Statistik Austria im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz; Wien, September 2016; S. 21*

²⁸³ vgl. *ebenda*, S. 23

²⁸⁴ Definition und weiterführende Details: www.sozialministerium.at > Soziales|KonsumentInnen > Soziale Themen > Soziale Sicherheit > Sozialpolitische Analysen > Eingliederungsindikatoren 2015 – Kennzahlen für soziale Inklusion in Österreich (S. 30 ff.)

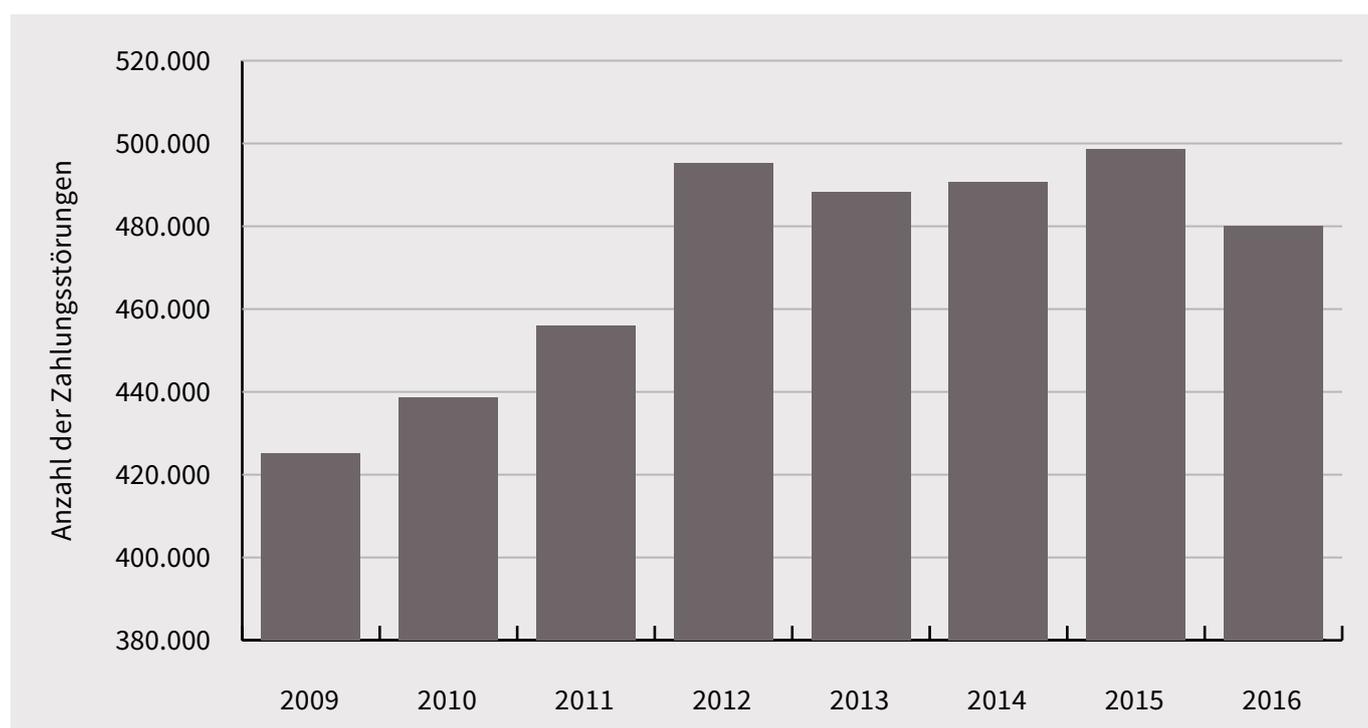
²⁸⁵ Aufgrund eines Datenbruchs können hier vergleichbare Daten erst ab dem Jahr 2009 dargestellt werden.

sind, im letzten Jahr erfolgte hingegen ein Rückgang. Über den gesamten Zeitverlauf besteht allerdings unverändert ein deutlicher Zuwachs von 12,9%.

Da eine Person mehreren Zahlungsstörungen ausgesetzt sein kann, liegt die Zahl der Personen mit

massiven Zahlungsstörungen im August 2016 mit rd. 160.000 Personen niedriger, der Anstieg seit August 2009 liegt aber mit insgesamt 10% fast in derselben Höhe. Auch bei dieser Personenzahl ist zuletzt zwischen 2015 und 2016 ein Rückgang (um etwa 5.800 Personen) feststellbar.

Grafik 10: Anzahl der Zahlungsstörungen bei Privatkrediten 2009 bis 2016¹



Quelle: KleinKreditEvidenz des Kreditschutzverbandes 1870

¹ Vergleichsmonat jeweils August; eine Person kann mehrere Zahlungsstörungen aufweisen

Da Zahlungsstörungen zumeist erst zeitversetzt nach dem Auftreten bestimmter Problemlagen (wie z.B. Arbeitslosigkeit) zu Tage treten, ist noch nicht abschätzbar, ob diese aktuellen Rückgänge einen längerfristigen Trend ankündigen.

17.5 Subjektives Wohlbefinden und Einstellungen

Abschließend werden in folgender Tabelle einige Befragungsergebnisse des „European Social Survey“

(ESS) angeführt, um neben den Entwicklungen der Rahmenbedingungen und faktischen sozialen Auswirkungen auch Veränderungen im Bereich der subjektiven Wahrnehmungen abzubilden. Hierfür wird jeweils der letztverfügbare Wert vor Eintritt der Krise mit jenem zuletzt erhobenen verglichen:

Tabelle 11: Daten zu subjektivem Wohlbefinden und Einstellungen in Österreich:

Antworten u. Fragestellungen	Ergebnis 2006 (vor der Krise)	Ergebnis 2014	Veränderung in Prozentpunkten
Sehr hohe generelle Lebenszufriedenheit	17,2%	15,0%	-2,2
Frage nach dem Glücksempfinden: Sehr glücklich	31,9%	27,3%	-4,6
Sehr guter subjektiver Gesundheitszustand	32,3%	31,0%	-1,3
Fühle mich in meiner Wohngegend draußen abends sehr unsicher	3,6%	2,6%	-1,0
Überhaupt kein Vertrauen in das Europäische Parlament	12,8%	18,8%	+6,0
Gänzlich kein Vertrauen gegenüber dem Rechtssystem	2,8%	5,5%	+2,7
Kein oder fast kein Vertrauen in Politiker	25,5%	23,8%	-1,7
Die Europäische Integration ist bereits zu weit fortgeschritten	11,4%	20,4%	+9,0
Starke Unzufriedenheit mit der heimischen Wirtschaftssituation	2,5%	5,6%	+3,1
Starke Zustimmung: Regierung sollte Einkommensunterschiede reduzieren	30,9%	40,3%	+9,4
darunter nach Altersgruppen: 14-25 Jahre	23,2%	39,7%	+16,5
25-55 Jahre	32,1%	40,4%	+8,3
55+ Jahre	33,9%	41,4%	+7,5
Größtmögliche Zustimmung: Gleichbehandlung und gleiche Chancen für alle	32,7%	37,6%	+4,9

Quelle: European Social Survey (ESS) Runden 2006 und 2014

Diese Fragen-Auswahl bietet nur einen begrenzten Ausschnitt subjektiver Einschätzungen zu krisenrelevanten Themen. Dennoch zeigen sich markante Veränderungen zwischen den Ergebnissen vor und nach Eintritt der Krise:

Beispielsweise wurde nach den krisenbedingten Erfahrungen auf die Frage, ob die Regierung Einkommensunterschiede reduzieren sollte, mit 40,3% ein um

9,4 Prozentpunkte höherer Anteil starker Zustimmung gemessen.²⁸⁶ Hierbei ist auffallend, dass der stärkste Zuwachs mit 16,5% in der jüngeren Altersgruppe zwischen 14 und 25 Jahren erfolgt ist, die somit zuletzt fast auf den hohen Durchschnittswert aufgeschlossen haben (wohingegen in dieser Altergruppe vor der Krise eine deutlich unterdurchschnittliche Zustimmung in dieser Frage vorherrschte).

²⁸⁶ Der Wert starker und grundsätzlicher Zustimmung lag bei dieser Frage zuletzt bei insgesamt rd. 83% (+13 Prozentpunkte seit 2006).

Ein ähnlich hoher Zuwachs zeigte sich bei der Frage, ob die Europäische Integration bereits zu weit fortgeschritten sei: 20,4% stimmten hier zu, ein Plus von 9 Prozentpunkten; auch das Vertrauen in das Europäische Parlament hat stark abgenommen. Diese Ergebnisse wirken vor dem Hintergrund der „Eurokrise“ und vor Eintritt der Flüchtlingskrise und des Brexit ernüchternd.

Aber auch subjektive Einschätzungen zur Gesundheit, Lebenszufriedenheit und zum Glücksempfinden haben teilweise deutlich abgenommen. Die Unzufriedenheit mit der wirtschaftlichen Situation ist erwartungsgemäß gestiegen, aber gestärkt scheint auch das Bewusstsein für gleiche Chancen und Gleichbehandlung aus der Krise hervorgegangen zu sein.

17.6 Fazit

Die sozialstaatlichen Schutzsysteme mit ihren automatischen Stabilisatoren spielten eine zentrale Rolle bei der Bewältigung und Abfederung der krisenbedingten sozialen Verwerfungen, stärkten die Kaufkraft und sind damit auch eine wichtige Säule der österreichischen Wirtschaft.

Dennoch: Die Linderung krisenbedingter sozialer Auswirkungen konnte bei weitem nicht verhindern, dass Menschen in Österreich Opfer der nicht zuletzt durch Spekulationen hervorgerufenen Finanzkrise ab 2007 wurden. Die aufgrund der gestiegenen Arbeitslosigkeit verminderten Erwerbschancen führten insbesondere bei folgenden Gruppen vermehrt zu Brüchen in den Erwerbskarrieren:

- Der Gesamtzuwachs der Arbeitslosigkeit betrifft seit 2008 in einem überdurchschnittlichen Ausmaß Männer sowie Personen ab dem Alter von 50 Jahren.
- Nach Bildungshintergrund sind in der Gesamtbeurteilung fast zur Hälfte Personen betroffen, die

höchstens über einen Pflichtschulabschluss verfügen. Allerdings kam es seit 2008 auch bei den Akademiker/innen und Personen mit höherer Schulbildung zu einem deutlichen Anstieg der Arbeitslosigkeit, wenngleich auf einem deutlich niedrigeren Niveau.

- Ausländer/innen haben seit der Krise ein noch größeres Arbeitslosigkeitsrisiko als davor.
- Vor allem Frauen, aber auch zunehmend Männer finden verminderte Chancen vor, einer Vollzeit-Standardbeschäftigung nachgehen zu können. Der gesamte Beschäftigungszuwachs seit 2008 besteht aus rd. 156.000 Teilzeit-Erwerbstätigen, darunter sind zu 79% Frauen.
- Es gibt seit 2008 um ca. 25% mehr geringfügig Beschäftigte (rd. +68.600 Personen), etwa 7.600 mehr Neue Selbstständige und fast 40.000 mehr befristete Arbeitsverhältnisse.
- Stagnierende bzw. real rückläufige Einkommen zeigen sich insbesondere bei den Vollzeitbeschäftigten (männlichen) Arbeitern. Zuletzt kam es auch vor allem bei den niedrigen Pro-Kopf-Nettohaushaltseinkommen junger Männer (20-39 Jahre) zu Einkommenseinbußen.

Allerdings ist auch festzuhalten, dass sich in Österreich im gesamten Zeitraum seit Eintritt der Krise jene Bevölkerungsgruppe fast kontinuierlich und deutlich verringert hat, die als von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht definiert wurde. Dieser europaweit seltene Erfolg ist nicht zuletzt auch Ergebnis eines starken sozialstaatlichen Netzes, deren Sozialleistungen Armutsgefährdung aktuell fast halbieren.

Darüber hinaus ist zudem kein Anstieg extremer Armutslagen feststellbar. Diese Entwicklung stellt eine wichtige Voraussetzung dafür dar, dass kein krisenbedingtes Erodieren sozialer Sicherheit stattfindet. Im Vergleich zum Jahr 2013 hat auch die Zahl der „registrierten Wohnungslosen“ zuletzt - erstmals seit

Beginn der Krise - wieder ein niedrigeres Niveau erreicht (siehe Abschnitt 17.4.3). Die in diesem Zeitraum erfolgte Einführung der Bedarfsorientierten Mindestsicherung (BMS) leistete in diesem Zusammenhang jedenfalls einen wichtigen Beitrag.

Die steigende Zahl der Bezieher/innen²⁸⁷ dieser Leistung deutet damit auch auf ihre Funktion als ein automatischer Stabilisator in Krisenzeiten hin und erwies sich als wichtiges Element der basalen Stützung des sozialen Friedens in Österreich.

²⁸⁷ seit dem Jahr 2012 bis 2015 ca. +28,5% BMS-Bezieher/innen

